

3 Euro



**Wie Regierung und Jägerschaft
Frischlingsabschüsse und Drückjagden
gegen jede Vernunft und Moral durchsetzen**

Jagd: Staatsziel Tierquälerei?



INHALT

Editorial	3	Landesverband Baden-Württemberg	22
Vorwort	4	Landesverband Berlin	24
Parteitag in Erfurt	5	Landesverband Brandenburg	26
Lückenlose Aufklärung über Oury Jalloh`s Tod gefordert	5	Landesverband Nordrhein-Westfalen	29
Bundesgeschäftsstelle verwandelte sich zum Versandhaus	6	Landesverband Hessen	32
Bundestagswahl 2017 – Auswertung der Ergebnisse	7	Landesverband Schleswig-Holstein	33
Arme Schweine, arme Füchse, glückliche Jäger und der Saustall der Frau Ministerin	10	Landesverband Niedersachsen	34
Landwirtschaftsministerium will Abschuss von Frischlingen mit 2 Millionen Euro subventionieren	14	Landesverband Sachsen	35
Demo gegen Massentierhaltung	15	Landesverband Hamburg	36
Firmenevent auf Kosten der Tiere	16	Landesverband Bayern	37
Jagd auf "invasive" Arten	18	Offener Brief zur ZDF-Dokumentation „Geheimsache Tiertransporte“	38
Jagdbeobachtung am 25. November am Westhang des Naturparks „Schömbuch“	19	Horst Wester engagiert auf Landesebene	39
Erfolgreiche internationale Konferenz für Streunerhunde in Madrid	20	Komplizen der Militärdiktaturen in Süd-Amerika?	39
Empfang in der Botschaft von Estland in Berlin	21	Geht es auch ohne Feuerwerk?	42
Pessoas-Animais-Natureza (PAN) in Portugal bekommt 32 Sitze in den Kommunalparlamenten!	21	Tierleidfreie Räume gestalten	43
		Keine Tiere unterm Weihnachtsbaum!	43

Impressum

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Partei Mensch Umwelt Tierschutz
-Tierschutzpartei-
Bundesvorstandssekretariat
Schreibersgrüner Straße 5
08233 Treuen
Tel: 037468 - 5267
Fax: 037468 - 68427
sekretariat@tierschutzpartei.de

Redaktionsleitung:
Robert Gabel
Karl-Marx-Platz 13 b
17489 Greifswald
Telefon: 03834 769949
Mobil: 0179 5291338
robert-gabel@tierschutzpartei.de

Redaktionsteam:
Matthias Ebner
Robert Gabel
Sabine Jedzig
Patricia Kopietz
Sandra Lück
Dr. Heidi Stümges
Helmut Wolff

Layout:
Martin Bauer

Auflage:
5000

Bank:
Ethikbank
IBAN: DE34 8309 4495 0003 0002 81
BIC: GENODEF1ETK

Rechtliches:
Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Texte, Fotos, Dateien etc. Wir behalten uns vor, Leserbriefe und Artikel gekürzt zu veröffentlichen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder der Partei wieder. Die Redaktion haftet nicht für eventuell unrichtige Informationen und andere Inhalte von namentlich gekennzeichneten Beiträgen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Robert Gabel
Redaktionsleitung



Lieber Leser!

Unser Mitgliedermagazin erscheint nun schon im 17. Jahr! Die erste Ausgabe, unter dem Namen „Zeitenwende“, konnten unsere Mitglieder und Unterstützer im Dezember 2000 in den Händen halten. Seitdem gab es vier Wechsel in der Redaktionsleitung und Jan Zobel übergab nun den Staffelstab weiter an mich, Robert Gabel. Unser MUT-Magazin wurde von Jan maßgeblich geprägt und er leitete wichtige Schritte hin zu einem modernen Mitgliedermagazin ein, das man gern Freunden und Kollegen auch mal zum Lesen geben möchte. Sein unermüdlicher Tatendrang soll nachwirken und uns weiter vorantreiben. Auch Svenja Walter und Horst Wester sind nun nicht mehr im Redaktionsteam und auch ihnen möchte ich ganz besonderen Dank aussprechen! Horst wird den Landesverband Bayern weiter ausbauen und tatkräftig die kommenden Erfolge unserer Partei mitgestalten. Er ist auf jeden Fall (noch lediglich) inoffizieller Ehrenvorsitzender, denn sein aufopfernder Kampf für unsere Partei und unsere Ziele war beispiellos, wie sicherlich viele Mitglieder in den vielen Jahren seiner Bundesvorstandsarbeit bestätigen können. Die nächste Ausgabe des MUT-Magazins erscheint übrigens bereits Anfang Januar. Und es geht in die Volljährigkeit; wir feiern nicht nur bald Silvester, sondern auch das kommende 18. Jahr unserer Mitgliederzeitschrift. Ideen, Fotos, Texte jederzeit an mich schicken! In dieser Ausgabe haben wir den Schwerpunkt „Jagd“ gewählt, da es verstärkte Regierungsmaßnahmen in letzter Zeit gibt, dieses brutale Hobby zu forcieren, statt an die tatsächlichen Ursachen des Anstiegs der Wildtierpopulation oder der Tierepidemien heranzugehen. Eine falsche und gefährliche Politik, die es von unserer Partei und unseren Aktiven zu hinterfragen gilt! Berichte über Erfahrungen mit Jägern und Tierquälern können wir gern in den nächsten Ausgaben abdrucken, damit die grausame Realität bekannter wird.

Vielen Dank – euer Robert

Sandra Lück
Bundesvorsitzende



Liebe Mitglieder, Interessenten und Unterstützer!

Die Bundestagswahl 2017 liegt mit hinter uns. Durchschnittlich 1,0 % in den angetretenen Bundesländern und zusammengekommen fast 400.000 Stimmen – so viel wie nie zuvor – belegen, dass wir nicht nur ein ernstzunehmender politischer Faktor für die kommende Europa- und die Kommunalwahlen sind, sondern geben uns auch Hoffnung, dass unsere Kernthemen Tierschutz, Tierrechte, Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit politisch wieder mehr Gewicht bekommen.

Auch der Mitgliederzuwachs ist rekordverdächtig. So können wir das Jahr 2017 mit dem höchsten Mitgliederstand aller Zeiten abschließen!

Aber natürlich ruhen wir uns auf diesen Ergebnissen nicht aus, denn es bleibt keine Zeit zum Durchatmen. Aktuell bereiten wir uns auf den Bundesparteitag und die Vorstandswahlen vor. Auch mit möglichen Neuwahlen müssen wir uns derzeit auseinandersetzen, die personell und finanziell eine erhebliche Belastung für uns bedeuten würden.

Und im kommenden Jahr stehen wieder wichtige Wahlen an, denn Bayern und Hessen wählen neue Landtage, in Schleswig-Holstein stehen Kommunalwahlen an. Dennoch blicken wir auf ein erfolgreiches Jahr mit tollen Wahlergebnissen und kleinen, aber sehr wichtigen Teilerfolgen zurück und gehen optimistisch in das Jahr 2018.

**Aber: stellt euch vor,
wir hätten noch mehr Mitglieder!**

Mit nur 1.600 Mitgliedern und einem Antritt in zehn Bundesländern erzielte die Tierschutzpartei insgesamt 0,8%. Also fast dreimal so viel wie unsere Mitbewerber mit dem „ö“ im Namen, die ein Vierfaches an Mitgliedern haben und in dreizehn Bundesländern antraten.

Oder stellt euch vor, wir hätten über 60.000 Mitglieder, so viele wie die Grünen! Mit vierzigmal so vielen Mitgliedern

erzielten die Grünen in allen sechzehn Bundesländern ein nur zehnmals so hohes Ergebnis wie wir! Warum also nicht Mitglied werden oder Gleichgesinnte dazu anregen, Mitglied in der Partei Mensch Umwelt Tierschutz zu werden? Stellt euch einfach mal vor, was wir alles erreichen könnten!

Ein jedes Mitglied wirkt sich auf sein Umfeld aus, regt zum Denken an, hilft Informationen zu verbreiten und zeigt auf, dass auch Tierschutz/Tierrechte ein Politikum sind und Gesetze nur auf parlamentarischer Ebene geändert werden können!

Ein jedes Mitglied verstärkt die Präsenz der Tierschutzpartei und erhöht den Druck auf die Etablierten!

Ein jedes Mitglied hilft uns, bei kommenden Wahlen in die Parlamente einzuziehen und den Finger in die Wunde zu legen, Anträge einreichen zu können und Debatten ins Leben zu rufen, um Erfolge zu erzielen.

Ein jedes Mitglied hat die Möglichkeit, Politik selbst mitzugestalten und Teil der Veränderung zu sein, unsere Zukunft zu gestalten – für Mensch UND Umwelt UND die Tiere!

Ein jedes Mitglied unterstützt uns mit seinem geringen Jahresbeitrag, unsere Ideale und unsere Ziele zu verbreiten, und dass es sich lohnt dafür zu kämpfen!

Bitte werdet Teil einer Bewegung! Unterstützt uns und werdet Mitglied oder sprecht mit euren Freunden, Bekannten, Verwandten, Kollegen, Nachbarn oder mit Leuten auf der Straße, warum es Sinn macht, die politische Bewegung des Tierschutzes zu unterstützen.

Die anstehenden Feiertage bieten sicherlich gute Gelegenheiten für solche Gespräche. Wir möchten uns bei allen Mitgliedern und Unterstützern bedanken und wünschen besinnliche Advents- und Feiertage sowie einen fröhlichen Jahreswechsel!

Herzlichst, *Sandra Lück*

Parteitag in Erfurt

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz, kurz: Tierschutzpartei, hat sich als Lokaltät für ihren diesjährigen Bundesparteitag am 10. Dezember die Thüringer Landeshauptstadt ausgesucht. „Erfurt ist eine bemerkens- und sehenswerte Stadt. Sie liegt zentral in Deutschland, ein echter Standortvorteil für größere Veranstaltungen. Zudem haben wir bei der Bundestagswahl sehr gute Ergebnisse in den teilnehmenden ostdeutschen Bundesländern erzielt und sind dabei, unseren Landesverband in Thüringen neu und stärker aufzustellen. Dies alles waren gute Argumente für Erfurt“, so der Bundesvorsitzende Matthias Ebner. Aber auch Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und konsequenter Umwelt- und Klimaschutz sind Kernthemen der Partei. Die weltweit erste Tierschutzparteidritt. Weiter führt er aus: „Die Rechte der Tiere und deren Ausbeutung werden gerade von der jüngeren Generation als immer größeres Problem wahrgenommen. Zudem ist die he-

ranwachsende Generation noch viel stärker vom Klimawandel betroffen als die ältere. Wir sind daher überzeugt davon, dass sich künftig noch viele weitere Menschen engagieren, wir weiter so wachsen und es bald unseren Nachbarn, den Niederlanden, gleichtun können, wo die ‚Partij voor de Dieren‘ bereits im Parlament vertreten ist.“

Auf dem nun anstehenden Parteitag steht u. a. eine Neuwahl des Bundesvorstands und weiterer wichtiger Positionen an. Zudem stehen zahlreiche Anträge zu Überarbeitungen des Parteiprogramms auf der Tagesordnung.

Der Bundesvorstand freut sich auf eine hoffentlich zahlreiche Teilnahme und die Gelegenheit zu vielen persönlichen Gesprächen am Rande des 37. Bundesparteitags!

MATTHIAS EBNER

Lückenlose Aufklärung über Oury Jalloh's Tod gefordert

2005 verbrannte der Asylbewerber Oury Jalloh wenige Stunden nach seiner Verhaftung in einer Zelle der Dessauer Polizeistelle. Jahrelang ermittelten Polizei und Staatsanwaltschaft lediglich in eine Richtung: Selbstmord. Man ging davon aus, der 36-jährige Mann aus Sierra Leone habe mit der Selbstanzündung Aufmerksamkeit erregen wollen.

Immer wieder gab es Zweifel an dieser These, da an dem Feuerzeug, welches der an Händen und Füßen an eine Matratze gefesselte Mann genutzt haben soll, keine DNA des Opfers, dafür aber genetische Spuren unbekannter Herkunft gefunden wurden. Ein toxikologisches Gutachten lies vermuten, dass Oury Jalloh bewusstlos gewesen sei und ein Brandgutachten bestätigte, dass die Matratze, auf der der junge Mann verbrannte, ohne Brandbeschleuniger niemals so schnell und heftig hätte brennen können.

Trotz erheblicher Proteste und Forderungen aus der Bevölkerung, sollten die vor 4 Jahren wieder aufgenommenen Ermittlungen von der Staatsanwaltschaft Halle im Oktober diesen Jahres eingestellt werden.

Öffentlichen Berichten zufolge gibt es jedoch nun Er-

kenntnisse mehrerer Sachverständiger, dass eine Selbstanzündung Ourys absolut unmöglich war. Der Mann sei vermutlich bei Brandbeginn handlungsunfähig oder bereits tot gewesen. Es ist somit ganz klar von Tod durch Fremdeinwirkung auszugehen.

Ein konkreter Verdacht seitens des leitenden Oberstaatsanwalts weist auf Beamte der Polizei Dessau hin. Ein Antrag auf Einsicht in die Ermittlungsakten wurde nun jüngst im Magdeburger Landtag von SPD, CDU und Grünen abgewiesen, die Staatsanwaltschaft Halle verkündet, trotz der Wendung keine neuen Ermittlungserkenntnisse zu haben und scheint weiterhin an der Einstellung festhalten zu wollen.

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz hält diese Vorgehensweise für skandalös und fordert eine lückenlose Aufklärung durch eine unabhängige Staatsanwaltschaft.

Die Exekutive hat die gesellschaftliche und moralische Pflicht, ein so schwerwiegendes Verbrechen wie Mord um jeden Preis aufzuklären und die Täter zur Verantwortung zu ziehen – erst Recht, wenn sie aus den eigenen Reihen kommen könnten.

SANDRA LÜCK



Bundesgeschäftsstelle verwandelte sich zum Versandhaus

Dieses Jahr stand unsere politische Arbeit ganz im Fokus der Bundestagswahl. Im Dauereinsatz waren wir bis Mitte Juni mit dem Sammeln und Beglaubigen der Unterstützungsunterschriften. Danach ging es nahtlos und ohne größere Verschnaufpause für uns alle in den Wahlkampf über.

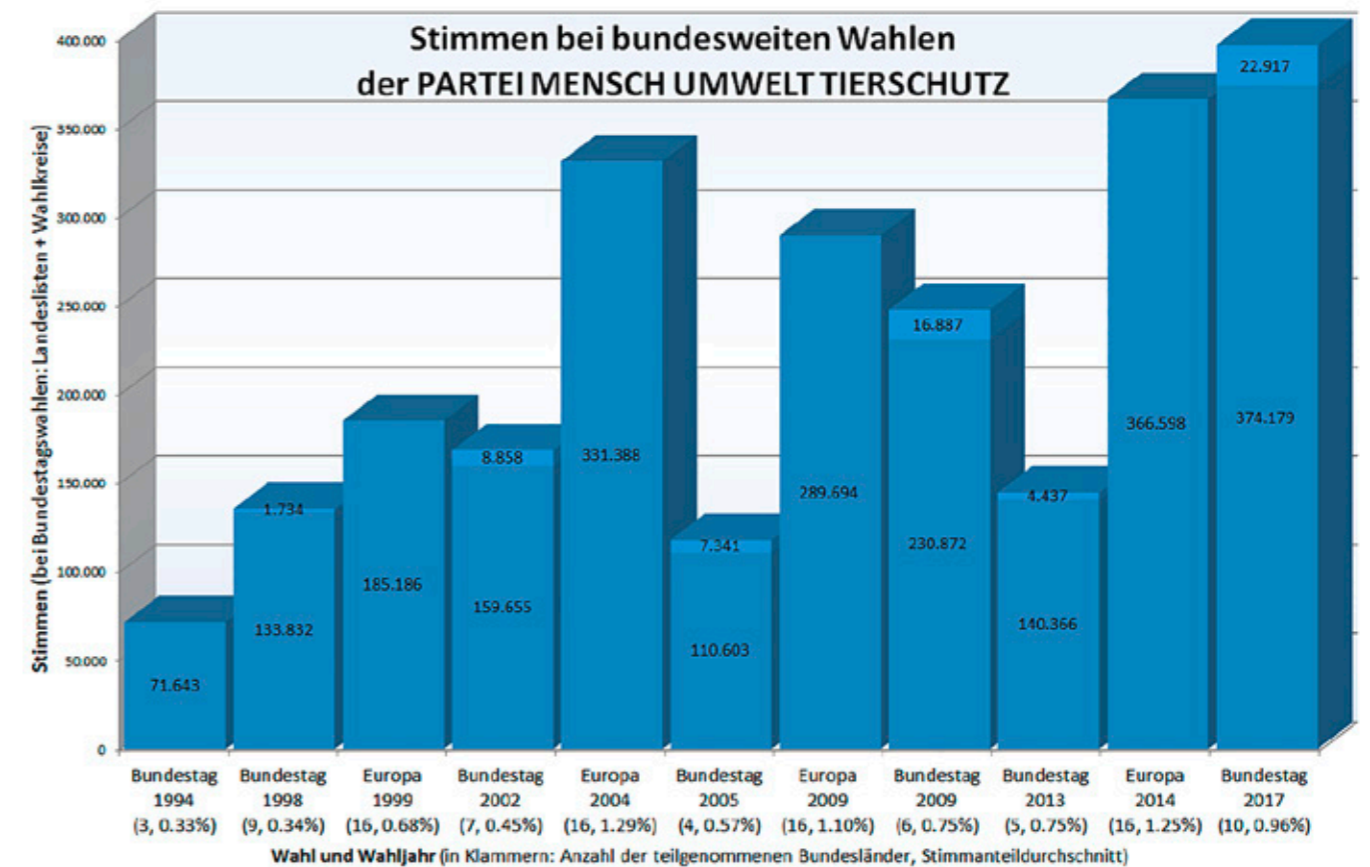


Hier in der Bundesgeschäftsstelle kam zu meinem regulären Alltagsgeschäft noch der bundesweite Versand

unserer Wahlkampfmaterialien dazu. Mehr als über 8.000 Plakate mit den dazugehörigen Kabelbindern mussten ausgezählt und verpackt werden. Nur dank unseres rührigen Kollegen Helmut Wolff, der extra für zwei Tage aus Bayern nach Treuen angereist war, konnte der Plakatversand ausgesprochen schnell über die Bühne gebracht werden. Hinzu kam für mich der Versand von 60.000 Flyern unseres Wahlprogramms; sonstige angeforderte Informationsmaterialien mussten verpackt und möglichst termingerecht versendet werden. Büro, Haus und Hof verwandelten sich für nahezu drei Monate in ein sichtbares Versandhaus. Bei meiner wochenlangen Versandarbeit wurde ich unterstützt von einem hiesigen Schreibwarenladen und einem Getränkemarkt, wo ich mir regelmäßig kostenlos schon mal benutzte Kartons abholen konnte, die für das Versenden unseres Materials noch gute Dienste leisteten.

Ganz besonders hat es mich gefreut und motiviert, dass wir bei den Vorbereitungen zur Teilnahme an der BTW und im Wahlkampf ALLE ziemlich eng zusammengedrückt sind und so gemeinsam für unsere Ziele gekämpft haben.

SABINE JEDZIG



Bundestagswahl 2017 – Auswertung der Ergebnisse

Tierschutzpartei im Aufwind – wie groß ist die Chance auf eine parlamentarische Vertretung der Rechte und des Schutzes für Tiere, Umwelt und Menschen?

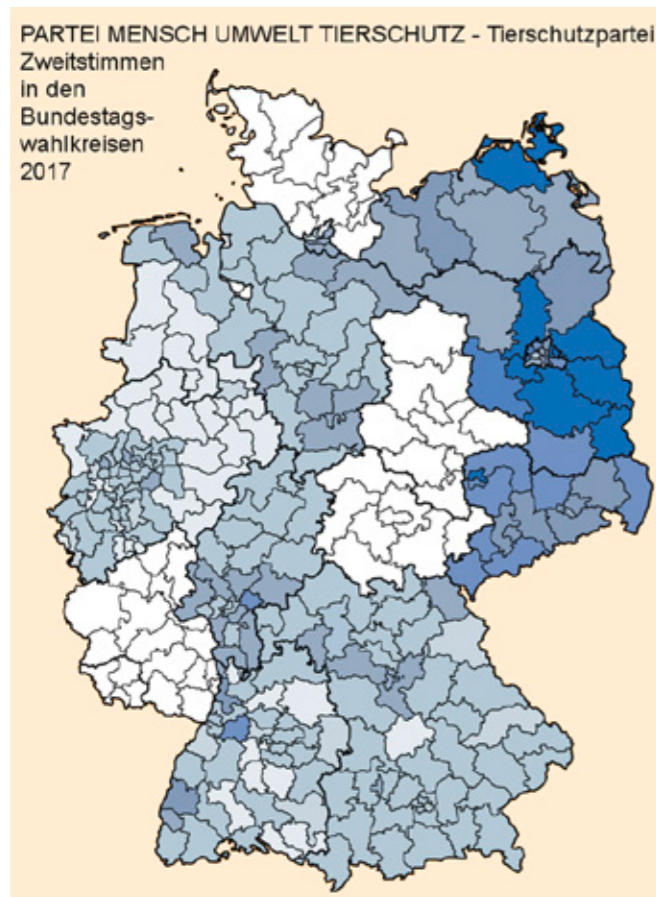
Die Tierschutzpartei gewinnt bei jeder Bundestagswahl an Stimmanteilen in den Bundesländern, in denen sie antritt, hinzu. War es ein Jahr nach der Parteigründung noch 0,3 Prozent, so steigerte sich das Ergebnis bei jeder Wahl seitdem. Bis 2013 dann 0,75 Prozent im Durchschnitt der antretenden Bundesländer erreicht wurde. Bei der Bundestagswahl 2017 dann wieder ein Sprung nach vorn: wir erreichten ganze 1,0 Prozent und stehen mit immerhin noch 0,8 Prozent in der Ergebnistabelle des Bundeswahlleiters, da wir in einigen Bundesländern nicht auf dem Stimmzettel stehen konnten. Unser bestes bundesweites Wahlergebnis erreichten wir bei einer Europawahl mit 1,3 Prozent. Aber sind auch Ergebnisse wie in den Niederlanden möglich, wo die Partij voor de Dieren 4,2 Prozent erreichte?

Um diese Frage zu beantworten, lohnt sich zunächst ein Blick in unser Nachbarland, wo die dortige Tierschutzpartei mehr als 12.000 Mitglieder – auf die Einwohnerzahl Deutschlands übertragen wären dies rund 65.000 Mitglieder – und 38 gewählte Abgeordnete in den verschiedenen Parlamenten hat.

Wichtige Rahmenbedingungen sind in den Niederlanden anders als in Deutschland: es gibt keine Fünfprozenthürde, die Politik ist stark personalisiert, die Medien thematisieren die Partij voor de Dieren angemessen und fair, sie hat ein klares, verlässliches und bekanntes politisches Profil (linksliberal). Aber letztlich sind die niederländischen Wähler doch nicht viel anders als die deutschen; Massentierhaltung, Tierquälerei, Artensterben und Agrarindustrie sind ja auch hierzulande Themen, die die Menschen zutiefst aufwühlen. So müssten wir doch zumindest bei Wahlen ohne Fünfprozenthürde und mit personalisiertem Wahlkampf und guter Präsenz in regionalen Medien und im Internet die gleichen Ergebnisse wie unsere Schwesterpartei aufweisen können. Um die Frage nach den Faktoren guter Wahlergebnisse für die Partei Mensch Umwelt Tierschutz zu klären, lohnt sich also ein weiterer Blick: auf die einzelnen Wahlkreise und Hochburgen zur Bundestagswahl 2017 und die genauere Untersuchung der jeweiligen Rahmenbedingungen und möglicher Ursachen unterschiedlicher lokaler Erfolge.

Eine der stärksten Parteien unter 5 % – teils die Stärkste

Ganz generell lässt sich festhalten: Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz belegte von den 48 derzeit in Deutschland zugelassenen Parteien Rang 9 beim Wählerwillen (373.278 Stimmen) und verzeichnete von allen zur Bundestagswahl angetretenen Parteien den sechstgrößten Stimmenzuwachs (+232.912). In zehn Bundesländern war die Tierschutzpartei mit Landeslisten auf dem Stimmzettel wählbar. In fünf Ländern erreichte sie Rang 7, in vier Ländern reichte es immerhin noch für Rang 8 und in einem Bundesland wurde Rang 9 erkämpft. In zwei Bundesländern wurden keine Landeslisten aufgestellt, weitere zwei Landesvorstände entschieden, benachbarten Landesverbänden beim Sammeln der notwendigen Unterstützungsunterschriften zu helfen, und nahmen daher selbst nicht teil an der Bundestagswahl, und in Rheinland-Pfalz wurde aufgrund von kleineren Formfehlern die Wahlteilnahme verweigert.



Hätten alle Landesverbände an der Bundestagswahl teilnehmen können, wäre nicht nur ein besseres prozentuales Ergebnis und der bundesweite Rang 7 errungen worden, sondern hätte es auch eine bessere Ausgangsposition für die kommende Bundestagswahl gegeben, da der Rang auch darüber entscheidet, an welcher Stelle man auf dem Stimmzettel zur nächsten Wahl stehen wird. Gerade bei sehr langen Stimmzetteln (24 Parteien in Berlin, 23 Parteien in NRW) ist ein automatisch weit unten zugewiesener Platz ein klarer Nach-

teil. Im Vergleich zur Europawahl 2014, wo die Tierschutzpartei grundsätzlich weit oben stand, verloren einige Landesverbände auch aufgrund dieses Umstands an Stimmanteilen in diesem Jahr (größter Verlust: 0,42 Prozentpunkte in NRW, zweitgrößter Verlust: 0,24 Prozentpunkte in Berlin). War der Stimmzettel hingegen übersichtlich oder stand die Tierschutzpartei weiter oben, konnte das 2014er Ergebnis zumeist fast gehalten oder sogar leicht verbessert werden. Angesichts des leider weit verbreiteten Denkens, eine Stimme für die Tierschutzpartei wäre wegen der Fünfprozenthürde verschenkt, ist ein leichter Rückgang des Stimmanteils im Vergleich zur Europawahl zu erwarten gewesen. Umso erfreulicher ist das Ergebnis von einigen Landesverbänden, deren Rückgang nur minimal war oder gar Stimmanteile hinzugewonnen werden konnten (BW, HH, HE, SN, BB, MV). Außer in NRW gewann die Tierschutzpartei aber überall sehr deutlich an absoluten Stimmen hinzu durch die erhöhte Wahlbeteiligung im Vergleich zur Europawahl. Kann diese Anzahl an Wähler gehalten werden, wird der Stimmanteil zur anstehenden Europawahl 2019 ein Rekord werden.

Besondere Wahlkreise – Einflüsse auf regionale Unterschiede

Im Detail betrachtet gibt es einige Wahlkreise mit besonderen Ergebnissen für die Tierschutzpartei. Zunächst sind es Wahlkreise mit besonders hohen oder besonders niedrigen Zweitstimmenanteilen. Sodann sind die Ergebnisse der 9 Direktkandidaten interessant und hier wiederum, wie sich diese Kandidaturen auf die Zweitstimmen auswirkten. Das Ziel der regionalen Personalisierung war, zusätzliche Erwähnungen der Tierschutzpartei in den Medien zu generieren und auf dem Wahlzettel mehr aufzufallen. Zusätzlich verwendeten 5 Direktkandidaten auch Wahlplakate mit ihren Gesichtern, um auf ihre Kandidatur in den Wahlkreisen aufmerksam zu machen. In diesen sehr stark personalisierten Wahlkreisen bekam die Tierschutzpartei überdurchschnittlich viele Erst- und auch Zweitstimmen. Auch zeigen einzelne Erststimmenergebnisse, dass weitaus mehr Wähler bereit sein könnten, Tierschutzpartei zu wählen, wenn die Fünfprozenthürde, die es ja nur für die Zweitstimme gibt, kein Argument darstellt: 2,3 % konnte etwa die Direktkandidatin im Wahlkreis Pforzheim erlangen. Ebenfalls sieht man die Auswirkung einer Direktkandidatur in Mecklenburg-Vorpommern, wo in den Wahlkreisen ohne Möglichkeit der Erststimme etwa wie im Bundesdurchschnitt abgestimmt wurde, im Wahlkreis Vorpommern-Rügen-Greifswald hingegen aber ein sehr gutes Zweitstimmenergebnis von 2,0 % erreicht werden konnte, das in einigen Stimmbezirken sogar über 5 % lag. Und das, obwohl auf der Landesliste und im

Wahlkreis die stärkste Mitbewerberin Kanzlerin Angela Merkel war. Untersucht man die Auswirkung der Personalisierung nicht nur anhand von Beispielen, sondern statistisch, wird es ebenso deutlich: in den Wahlkreisen Baden-Württembergs, in denen es keine Direktkandidaten gab, stieg das Tierschutzpartei-Ergebnis im Vergleich zur letzten Bundestagswahl nur um 3 %, wurde allgemein guter Wahlkampf geführt, stieg es um 10 %, aber gab es einen Direktkandidaten, so stieg es um ganze 26 %!

Das Resümee ist also klar: Der Wähler möchte eine stärkere Personalisierung und wählt dann auch messbar häufiger Tierschutzpartei. In den Wahlkreisen, in denen es keine Direktkandidatur, aber einen besonders fleißig geführten Wahlkampf mit bspw. annähernd flächendeckender Plakatierung gab, konnte das Ergebnis im Vergleich zu 2013 im Durchschnitt um immerhin noch 10 % erhöht werden. Dieser Befund zeigt ganz klar, dass Wahlkampf sich lohnt und wenn er personalisiert ist, umso deutlicher. Als effektivste Wahlkampfmethod stellte sich übrigens in der Detailbetrachtung des Wahlkreises Vorpommern-Greifswald-Rügen nicht die Plakatierung, sondern das persönliche Verteilen von Flyern an Passanten heraus. Diese Methode ist zwar zeitintensiv, aber hat die höchste Erfolgsquote, da hierbei Personalisierung und aktiver Wahlkampf zusammen kommen und qualitativ sehr ergiebige Überzeugungsarbeit an den Wählern geleistet werden kann. In den Stadtteilen, in denen Plakatierung und persönliche Flyerverteilung kombiniert wurden, konnten Ergebnisse um die 5 % erreicht werden. Flyerverteilung in Briefkästen innerhalb der Stadt erbrachten keine Effekte, während sie in umliegenden Dörfern durchaus wirksam waren.

Wie groß sind nun die Chancen auf eine baldige parlamentarische Vertretung der Tierschutzpartei?

Wie viel Prozent sind in Deutschland für die Tierschutzpartei möglich? Schaut man sich die absoluten Stimmen an, fügt die Stimmen der Bundesländer hinzu, in denen wir nicht antreten durften, entfernt die Angst vor der Fünfprozenthürde und nimmt einen leicht besseren und personalisierteren Wahlkampf als bisher an, so dürfte sich das kommende Niveau der Wahlergebnisse im bundesdeutschen Durchschnitt auf über 2,0 % bei Europa- und Kommunalwahlen bewegen. Sollte eine Dreiprozenthürde wieder eingeführt werden, wäre bei einem großen, breit angelegten und professionell organisierten Wahlkampf auch diese Hürde zu überwinden. Das generelle Potenzial für uns als politische Kraft ist vorhanden: Eine deutliche Mehrheit der Deutschen unterstützt unsere programmatische Grundrichtung und ist gegen Tierquälerei und Umweltzerstö-

Die 50 besten Wahlkreisergebnisse (Zweitstimme)	
Wahlkreis	Stimmanteil
Oberhavel	2,03%
Märkisch-Oderland	1,99%
Vorpommern-Rügen-Greifswald I	1,98%
Dahme-Spreewald-Teltow-Fläming	1,89%
Potsdam	1,89%
Cottbus-Spree-Neiße	1,85%
Frankfurt-Oder-Spree	1,83%
Leipzig I	1,80%
Berlin-Lichtenberg	1,75%
Berlin-Marzahn-Hellersdorf	1,73%
Brandenburg an der Havel	1,67%
Berlin-Spandau	1,61%
Elbe-Elster-Oberspreewald	1,55%
Pforzheim	1,52%
Hanau	1,52%
Berlin-Neukölln	1,50%
Görlitz	1,49%
Nordsachsen	1,47%
Leipzig II	1,47%
Berlin-Treptow-Köpenick	1,46%
Vogtlandkreis	1,46%
Zwickau	1,45%
Leipzig-Land	1,44%
Erzgebirgskreis I	1,44%
Berlin-Reinickendorf	1,42%
Meißen	1,40%
Chemnitz	1,40%
Dresden-Bautzen	1,37%
Bautzen	1,37%
Uckermark-Barnim	1,36%

rung sowie für soziale Gerechtigkeit und Frieden. Und was ist realistisch bei den Landtags- und Bundestagswahlen der kommenden Jahre? Zumindest in einigen Bundesländern sind Landtagsmandate bereits bald realistisch. Und schaut man sich das Wahlverhalten der Jugendlichen bei den U18-Wahlen an, so wird das zunehmende Verständnis für Tierschutzpolitik und Tierrechte, für echten Umweltschutz und ehrliche Friedenspolitik der Partei Mensch Umwelt Tierschutz mittelfristig zugute kommen. Verstärkt müssen hierfür die Kommunikationskanäle der jungen Leute verwendet werden und vor allem persönliche Gespräche, auch zwischen den Wahlen, geführt werden. Dann klappt es mittelfristig auch mit dem Einzug in den Deutschen Bundestag – und die millionenfache industrielle Tierquälerei, das massive Artensterben und die Vergiftung unserer Natur wird ein Ende haben – die Tiere werden eine starke Stimme erhalten, die ihre Rechte wirksam vertritt.

Vielen Dank an alle, die uns gewählt haben! Wir zählen auch bei den nächsten Wahlen wieder auf Ihre Stimme! ROBERT GABEL

Arme Schweine, arme Füchse, glückliche Jäger und der Saustall der Frau Ministerin

JÜRGEN HEIMANN, WWW.ROTORMAN.DE

Jetzt mal unabhängig davon, ob diese richtungsweisende Erkenntnis nun auf dem Mist von Wilhelm Busch, Bert Brecht oder dem des Kabarettisten Werner Kroll gewachsen ist: Im nordrhein-westfälischen Umweltministerium hat man bzw. Frau sie jedenfalls verinnerlicht und zum Programm erhoben: „Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert!“ Die neue Chefin, Christina Schulze Föcking (CDU), ist dabei, eben jenen guten Ruf, den das Haus noch unter ihrem grünen Amtsvorgänger Johannes Remmel genoss, erfolgreich und ungeniert zu ruinieren und wesentliche Elemente des Natur- und Tierschutzes gleich mit. Diese beiden Bereiche fallen ebenfalls in ihre Zuständigkeit, womit ein weiteres geflügeltes Wort Bestätigung findet: das vom Bock, den man zum Gärtner gemacht hat. Oder halt, wie in diesem Falle, die Ziege zur Floristin. Da könnte man auch gleich einen Pädophilen zum Leiter der Kita-Krabbelgruppe ernennen.

Erklärtes Ziel der sowohl burschikos als auch aufgesetzt-verbindlich auftretenden Blondine und ihrer Freunde ist es, das geltende Natur- und das ökologische Jagdgesetz entweder aufzuweichen oder gänzlich in die Tonne zu kloppen. Daran hat die Dame während verschiedener öffentlicher Auftritte keinen Zweifel gelassen. Das glaubt die 40-Jährige, die als neue Hoffnung der Bauern in Nordrhein-Westfalen gilt, der Agrar- und Jägerlobby auch schuldig zu sein. Und den Ankündigungen folgen Taten. Wie beispielsweise die Aufhebung des Verbots, Füchse in Kunstbauten zu jagen, beweist.

Homestory: So geht Tierschutz!

Mit dem Respekt gegenüber dem Mitgeschöpf Tier hat es die Schlagzeilen generierende Lady sowieso nicht so, wie schockierende Bilder aus ihrem Schweinemast-Gulag in Steinfurt/Münsterland unterstreichen. Stern-TV hatte die Zustände unlängst in einem Beitrag dokumentiert. Die Aufnahmen waren zwischen Frühjahr und Sommer undercover von Tierschutzaktivisten gemacht worden und sind nur schwer erträglich:

Wer mistet hier endlich mal aus?

Stark verletzte Tiere; Wutzen mit angefressenen, entzündeten Schwänzen und absterbendem Gewebe; solche mit schweren Gelenkentzündungen, die sich kaum noch bewegen können. Und wenn doch, dann nur humpelnd und unter offensichtlich schweren Schmerzen. Die gemessene Ammoniakkonzentration war mitunter mehr als doppelt so hoch als erlaubt. Demnächst wird hier wohl eine neue Folge von „Emergency Room“ gedreht. Auch die Produzenten von „Der Landtierarzt“ verhandeln noch um die Rechte. Arbeitstitel: „Jolanthe – eine arme Sau geht durch die Hölle“.



Schweinestall

„Emergency Room“: Momentaufnahmen aus dem Mastbetrieb der nordrhein-westfälischen Umweltministerin. Stark verletzte Tiere, Wutzen mit angefressenen, entzündeten Schwänzen und absterbendem Gewebe. Quelle: Stern-TV

Und was die Sauberkeit angeht, trifft ein weiteres geflügeltes Wort vollumfänglich zu: Es sieht (halt) aus wie im Schweinestall! Die Tiere stehen in ihrem eigenen Urin und Kot. Eine Veterinärmedizinerin nannte die hygienischen Zustände „erschreckend“. Da ist es nicht verwunderlich, wenn sich die Rüsseltiere Infektionen und Krankheiten einfangen. Erst recht, wenn sie sowieso schon verletzt sind. Die Vorfriede darauf, irgendwann mal als Salami oder Kotelett im Kühlregal eines Discounters zu landen, sieht man den gepeinigten Kreaturen förmlich an. Nachts

wurde ihnen sogar mitunter das Wasser in den Nippeltränken abgestellt.

„Aus Überzeugung dem Wohl der Tiere verpflichtet“

An dem Skandal-Betrieb, der sogar mit dem QS-Qualitätssiegel hausieren geht, war die gelernte Landwirtin bis kurz nach ihrem Amtsantritt in Düsseldorf zu 50 Prozent beteiligt. Ihr Ehemann zeichnet inzwischen als alleiniger Geschäftsführer verantwortlich. Vor der Kamera hatte sich Frau Ministerin nicht zu den Vorwürfen äußern wollen. Und sonst auch nicht. Stattdessen versicherte ihr Göttergatte in einer schriftlichen Erklärung, dass sich der Betrieb aus tiefer Überzeugung dem Wohl der Tiere verpflichtet fühle. Und er meinte das nicht ironisch. Scheinbar bewerten „unabhängige“ Prüfer, die hier hin und wieder einmal einen offensichtlich getrübbten Blick hinter die Kulissen riskieren, die Lage genauso. Da gibt es meist die höchste Punktzahl. Auch ein QS-Sonderaudit am 8. Juli, einem Zeitpunkt also, als die inkriminierenden Filmaufnahmen längst vorlagen, habe zu keinerlei Beanstandungen geführt, sagt der Schweinebaron.



Das Latein des Herrn Jaeger

Das lässt nur zwei Schlussfolgerungen zu: Entweder stehen die „Warentester“ dioptrienmäßig auf der Schattenseite des Lebens und sind mit völliger Blindheit geschlagen, oder aber das gesamte Prüf- und Siegelsystem ist faul und somit für den A.... Aber es gibt noch eine dritte Option: Man redet sich die Lage (auf Geheiß?)

einfach schön. Wie es der verbeamtete Tiermediziner Friedhelm Jaeger (nicht Jäger) getan an. Der Mann ist im Ministerium beschäftigt und stellte seiner Chefin eine Art Persilschein aus, der diese bzw. ihren Menne von allen Anschuldigungen reinwaschen sollte. Hausintern heißt das Papier „Jaeger-Latein“. In einer zwei Tage nach Publikwerden der Vorwürfe erstellten „Studie“ war der F(l)achmann zu dem Schluss gelangt, es gebe in dem Musterbetrieb der Ministerin weder Haltungsfehler noch Verstöße gegen Tierschutzbestimmungen. Eine solche in willfähriger Ergebnisheit getragene Gefälligkeitsdiagnose muss belohnt werden. Soll sie auch. Schulze Föcking will im Ministerium eine neue Stabsstelle schaffen, zu deren primären Aufgaben es zählt, eine neue Nutztierstrategie zu erarbeiten. Und jetzt die Millionenfrage bei Jauch: Wer soll sie leiten? Friedhelm Jaeger! Da hätte man jetzt auch ohne Telefonjoker drauf kommen können. Und der Gärtner-Bock meckert ein weiteres Mal.



Keine Gnade für Meister Reineke

Ministerpräsident Armin Laschet (kleines Foto oben) ist ein alter Studienfreund des nordrhein-westfälischen Jagdverbands-Präsidenten. Das erklärt vieles. Seine Umweltministerin Christina Schulze Föcking (kleines Bild unten) ist voll auf Linie und gilt zudem als Hoffnungsträgerin der Agrarindustrie. Beide Politiker mögen Jäger, aber keine Füchse.

Aber das darben-grunzende Kapital mit den nur noch rudimentär vorhandenen Ringelschwänzen ist ein Umsatzbringer. Daraus lässt sich viel Kohle herauspressen. Das ist beim Fuchs nicht so. Insofern hat der erst recht keine Gnade zu erwarten. Mit dem Buschschwänzigen kann man, so er einmal in die ewigen Jagdgründe befördert ist, wenig anfangen. Selbst wenn er sich, dumm gelau-

fen, eine rein zufällig vorbeischnürende und wie aus dem Nichts kommende Kugel einfängt oder so blöd ist, in eine Falle zu tappen. Die Kadaver der exekutierten Bestien werden in der Regel verbuddelt – und gut ist's. Die Viecher taugen noch nicht einmal für eine Trophäenschau. Und mit ihren zu schmückenden Pelzen verarbeiteten Fellen mag sich auch niemand mehr zieren. (Ausnahmen, die die Regel bestätigen: Für schöne Tiere gedacht, von hässlichen Menschen getragen). Aber den Kick, erfolgreich gewesen zu sein, kann den hegenden Vollstreckern jedenfalls keiner nehmen. Angesichts dieses Triumphs wird es in diversen und nicht selten die Dimension einer Festzeltplane erreichenden Höschen mitunter feucht. Und Abgang!

Kleine Gesten der Wertschätzung

Aber irgendwann und irgendwo muss man/frau ja damit beginnen, offen geäußerte oder verdeckt gemachte Wahlversprechungen, mit denen man sich weit aus dem Fenster gelehnt hat, umzusetzen. Deshalb hat Frau Ministerin Schulze Föcking gleich schon mal das (wenn auch löchrige) landesweit geltende Verbot der grausamen Baujagd auf die Reinekes kassiert. Zumindest in Kunstbauten dürfen die Damen und Herren im modisch-funktionellen Lodenlook nebst ihren hoch motivierten Waldis jetzt wieder flächendeckend zuschlagen. Wie sie das tun und was das für die Opfer bedeutet, wird hier erklärt. Und als kleines Zeichen der Wertschätzung für ihre Verdienste um den Artenschutz ist den Pirschgängern inzwischen auch gestattet worden, bei ihrem aufreibenden, aufopferungsvollen Dienst für die Allgemeinheit Schalldämpfer zu benutzen. Dabei hören sie den Knall sowieso längst nicht mehr.

Ein Prosit auf eine alte Männerfreundschaft

Der Segen von Regierungschef Armin Laschet für solche kleinen Gefälligkeiten gilt per se als sicher. Dahingehend muss der kraftlose Kraft-Nachfolger wohl weniger Protest fürchten als bei der umstrittenen Abschaffung des Sozialtickets für Bedürftige im Nahverkehr. Und jetzt auch noch die Affäre um verschlammte Klausurarbeiten. Als Lehrbeauftragter der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule (RWTH) Aachen, als der er inzwischen zurückgetreten ist, waren dem Mann zahlreiche Testate seiner Studenten abhandengekommen. Er benotete sie trotzdem.

Der neue CDU-Ministerpräsident und der Vorsitzende des Landesjagdverbandes, Rechtsanwalt Ralph Müller-Schal-

lenberg, sind alte Freunde und Studienkollegen. So etwas verbindet. Dem LJV-Präses ist sowieso nichts Weltliches (und Jenseitiges) fremd. Er findet auch nichts Verwerfliches daran, wenn sich die Kameraden vor Dienstantritt an der Waffe mittels Alkohol etwas stimulieren und auf Betriebstemperatur bringen. Der Loden-Funktionär vermag in einem Schlückchen vor, während oder nach dem Pirschgang per se nix Abtrügnisches zu erkennen, sofern der Drink auf den Waffenbesitzer nicht beeinflussend wirkt. Das Bundesverwaltungsgericht sieht das allerdings nicht so. Aber das ist wieder eine ganz andere Geschichte. Wie dem auch sei: Die Tatsache, dass der Regierungs- und der Jägerchef so gut miteinander können, eröffnet dem schießenden Fußvolk ganz neue, vor einem Jahr noch kaum für möglich gehaltene Perspektiven. So funktioniert (Klientel-)Politik.

Erklärungsnot in der Karnevals-Bütt

Lovis Kauertz, der Vorsitzende von „Wildtierschutz Deutschland“, hat dem Umweltministerium einen dezidierten Fragenkatalog übermittelt. Und bittet darum, nicht mehr, wie bisher, mit dümmlichen und nichtssagenden Plattitüden abgespeist zu werden. Mit einer schlüssigen Antwort indes rechnet er kaum.

Das Schulze-Föcking-Ministerium gerät inzwischen jedoch zunehmend in Erklärungsnot. Auf die Frage, auf welche Erkenntnisse sich der Beschluss, die „Gebietskulisse für die Kunstbaujagd“ landesweit auszudehnen, denn stütze, gibt es bis heute keine schlüssige Antwort. So beschied ein Ministerialbeamter aus der Düsseldorfer Schwannstraße dem Vorsitzenden der gemeinnützigen Organisation „Wildtierschutz Deutschland“, Lovis Kauertz, auf eine entsprechende Nachfrage hin, „eine intensivere Bejagung von Prädatoren entspreche einem seitens des Vogelschutzes nachdrücklich eingeforderten Bedarf“. Hallo? Ist da jemand? Mit der Nummer könnte der Verfasser, ein gewisser Walter Schmitz, auch beim Kölner (oder Düsseldorfer) Karneval in die Bütt steigen. Tusch! Narhallamasch. Zugabe! Wolle mern reinlasse???

Aus dem Bestseller der Gebrüder Blattschuss abgeschrieben

Mit einer ähnlich schwammig-belanglosen und fast gleichlautenden Erklärung versuchte das Ministerium auch die Vorsitzende der NRW-Tierschutzpartei, Sandra Lück, abzufertigen. Natürlich ohne auf deren sich auf das Landes-

informationsfreiheitsgesetz stützenden Antrag auf Einsicht in Gutachten und Protokolle einzugehen. Auf solche hatte sich die Regierung bei ihrer Anordnung nämlich (zunächst) berufen. Erst auf eine weitere bohrende Nachfrage hin musste sie zugeben, dass es diese Expertisen und weitere Unterlagen gar nicht gibt. Und das bedeutet: Die Entscheidung war quasi aus dem hohlen Bauch heraus getroffen worden. Um die Interessen einer kleinen bewaffneten, aber höchst einflussreichen Minderheit zu bedienen. Wie immer in solchen Fällen zu Lasten der Schwachen. Das sind in diesem Fall die Wildtiere, die sich dagegen nicht wehren können. Weitergehende, nachgeschobene Begründungen scheinen hingegen 1:1 aus dem aktuellen Standard-Werk der Gebrüder Blattschuss abgeschrieben zu sein. Demnächst in der SPIEGEL-Bestsellerliste: „Jägerlatein in Wort und Bild“.

Füchse sind als Zielobjekte unersetzlich

Füchse (und weitere heiß geliebte tierische Feindbilder) gefährden schließlich ja auch die Niederwildbestände und müssen deshalb intensiv verfolgt werden, heißt es. Nun haben die NRW-Jäger in den vergangenen zehn Jahren 506.000 rotpelzige Räuber erlegt, ohne dass sich dadurch auf der anderen Seite die Population bei Fasanen, Feldhasen und Rebhühnern merk(e)lich erholt oder wenigstens einigermaßen stabilisiert hätte. Dass die Nimrods im gleichen Zeitraum ihrerseits 960.000 Fasane, 1,1 Millionen Langohren und 8.800 um ihre Existenz kämpfende Rebhühner über den Regenbogen geschickt haben, wird natürlich verschwiegen. Das waren sicherlich auch zu vernachlässigende Kollateralschäden. Wo gehobelt wird, fallen nun mal Späne. Das Leben ist halt grausam.

Mit dümmlichen Antworten abgespeist

Hartnäckig: Sandra Lück, Landes- und Bundesvorsitzende der Tierschutzpartei, will sich von ministerialen Beschwichtigern nicht für dumm verkaufen lassen. Auf ihr wiederholtes Nachbohren hin musste das Umweltministerium zugeben, dass die Entscheidung, die Kunstbaujagd auf Füchse landesweit wieder zuzulassen, aus dem hohlen Bauch heraus getroffen worden war und nicht auf harten, nachprüfbaren Fakten oder wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhte.

„Wildtierschutz Deutschland“ hat sich in einem an das Umweltministerium übersandten Fragenkatalog u.a. auch dezidiert danach erkundigt, welche Belege es denn über-

haupt dafür gibt, dass die seit Jahrzehnten exzessiv praktizierte Fuchsjagd (nicht nur) in Nordrhein-Westfalen überhaupt einen nachhaltigen Einfluss auf die Bestände der nominierten „Zielarten“ hat. Verbunden war das Ersuchen mit der Bitte, nicht wieder mit solchen dümmlichen Antworten wie jenen aus der Feder des Herrn Schmidt abgespeist zu werden. Besagte Arten haben allerdings eher unter agrar-industriellen Einflüssen und der Schießwut gewisser Lusttöter zu leiden. Aber reden wir nicht drüber. Mit einer erschöpfenden schlüssigen Antwort rechnet Lovis Kauertz inzwischen freilich nicht mehr. Eine solche könnte noch nicht einmal der Heilige St. Hubertus liefern, auf den sich die Jagenden in Verdrängung seiner tatsächlichen und historisch überlieferten Positionierung ja so gerne berufen. Während die Ministerialen ihr Fachwissen vermutlich aus dem Satz ihres Pausenkaffees extrahiert haben.

Wenn in Verantwortung stehende Politiker schon auf einem solchen vergleichsweise „unbedeutenden“ thematischen Feld derart fahrlässig und schlampig operieren und ihre Entscheidungen auf ähnlich wackeligen Grundlagen fußen, mag man sich lieber nicht vorstellen, zu welchen kühnen und fatalen Schnellschüssen diese Landeslenker (un-)fähig sind, sollte es tatsächlich mal um Wohl und Wehe unseres demokratischen Staatswesens gehen. Dahingehend dürfte von der aktuellen NRW-Regierung noch einiges zu befürchten sein.



Tierschutzpartei: „Abartig und pervers“

Und was sagt die Tierschutzpartei dazu? „Die neue Landesregierung schert sich einen Dreck um Tierwohl und Naturschutz!“ Sandra Lück, Landes- und Bundesvorsitzende der Partei in Personalunion: „Die Kunstbaujagd auf Füchse ist ein abartiges Treiben und an Perversion kaum zu überbieten“. Die unglaubliche Vorgehensweise des Schulze-Föcking-Ministeriums sei an Dreistigkeit nicht mehr zu toppen. Man werde die Rechtmäßigkeit der fatalen Verfügung juristisch prüfen lassen. Das gilt besonders auch für die Art und Weise, wie diese zustande gekommen ist.

Landwirtschaftsministerium will Abschuss von Frischlingen mit 2 Millionen Euro subventionieren

Das Schweriner Landwirtschaftsministerium will den Abschuss von Frischlingen mit 2 Millionen Euro subventionieren, damit die Einnahmen aus der langfristig höchst unrentablen Massentierhaltung weiterhin sprudeln können.

Aus ethischer Sicht ist dies doppelt verwerflich: Zum einen ist die Jagd stets ein tierquälerischer Akt, der somit gegen das Grundgesetz verstößt, da viele Tiere verletzt werden und unter unerträglichen Schmerzen einem langwierigen Tod ausgeliefert sind – vor allem bei Bewegungsjagden.

Begründen könnte man dies theoretisch mit der Verhinderung von Tierqualen an anderer Stelle, nämlich der Nutztierhaltung, die durch die Afrikanische Schweinepest gefährdet ist. Noch ist unklar, ob nicht gerade diese Nutztierhaltung zur Übertragung wesentlich mit beiträgt. Die Begründung für die geplanten höheren Abschusszahlen für Wildschweine hat aber auch davon unabhängig einen enormen Haken: Die Massentierhaltung, deren Profite scheinbar als Begründung herhalten muss, ist selbst um ein Vielfaches grundgesetzwidriger und die Hölle auf Erden. Bis zu 10 % der Schlachtvorgänge werden ohne wirksame Betäubung vorgenommen, während der extrem verkürzten Lebenszeit der Tiere finden unvorstellbare Grausamkeiten statt. Mensch und Natur werden zunehmend geschädigt durch Regenwaldrodungen für Tierfutterimporte, hochriskante multiresistente Keime, Nitratbelastungen des Trinkwassers, Bodenauslaugung und Überdüngung, Klimawandelbeschleunigung durch Massentierhaltung, Pestizide und Monokultur für heimisches Tierfutter – mit fatalen Folgen für die Insekten-, Amphibien und Vogelwelt.

Abermilliarden an Agrarsubventionen fließen bereits in diesen ökologischen und ethischen Wahnsinn. Für einen vernachlässigbar kleinen und sehr schlecht bezahlten Bereich des Arbeitsmarkts.

Die Frage, weshalb es diesen rasanten Anstieg an Wildschweinpopulation gibt, und somit Tierseuchen sich ausbreiten können, hängt wiederum damit zusammen, dass die Agrarindustrie auf Effizienz, Ausbeutung, Vergiftung, Konsumententäuschung und Exportwachstum setzt: Wildschweine finden in den massiv zunehmenden Maisfeldern

für insbesondere die Tierfutterproduktion nicht nur Unterschlupf, sondern auch energiereiche Nahrung. Anstatt also die Ursache zu identifizieren, wird ein Symptom bekämpft.

Alternativen gibt es: Verhütungspillen ohne Hormone und mit individueller Wirkung sind einsatzbereit. Reduzierung der Massentierhaltung und ihres stetig wachsenden Bedarfs an Futteranbau wäre aber die einzig wirklich nachhaltige Lösung. An die traut sich derzeit noch kein Landwirtschaftsminister heran.

Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz – Tierschutzpartei möchte erreichen, dass die Politik dringende Sofortmaßnahmen einleitet zum Stopp der täglichen und unzähligen Verstöße gegen Artikel 20a des Grundgesetzes und des Tierschutzgesetzes, insbesondere auch bei Wild- und sogenannten Nutztieren. Die sofortige und deutliche Reduzierung der gesundheitspolitisch riskanten, naturzerstörenden, systematisch quälerischen Massentierhaltung ist nicht nur ein ethisches Gebot, sondern auch eines der Vernunft, das gewährleistet, dass unsere Enkelkinder gesund leben und in einer intakten Natur aufwachsen werden können.

Der brutale Abschuss unschuldiger Tierkinder wird auf keinen Fall helfen gegen Tierseuchen, die aller Wahrscheinlichkeit nach auch menschengemachte Ursachen haben, wohl aber das Leiden verstärken und unsere moralischen Verstrickungen vertiefen und vor allem das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Erforschung, Erprobung und Umsetzung wirklich effektiver Maßnahmen gegen den Anstieg der Wildschweinpopulation weiter unterdrücken.

ROBERT GABEL



Demo gegen Massentierhaltung

Am 19.08.2017 haben wir in Frankfurt/Main gegen das unendliche Tierleid in der Massentierhaltung demonstriert – gegen Käfighaltung, Kastenstände, betäubungslose Verstümmelung von Tieren, um sie an qualvolle, artwidrige Haltungsbedingungen anzupassen, Qualzuchten und all die anderen Abscheulichkeiten, die Menschen Tieren in Tierfabriken antun.



Gleichzeitig demonstrierten wir auch gegen die für den Menschen fatalen Folgen der Massentierhaltung wie nitratverseuchte Böden, Klimawandel, Welthunger, Urwaldzerstörung, Antibiotika-Resistenzen und Zivilisationskrankheiten wie Krebs, Diabetes und Schlaganfälle.

Unserem Aufruf hatten sich die folgenden Vereine offiziell angeschlossen:

- Animal PAWS
- Human Animal Rights e.V.
- Notpfote Animal Rescue e.V.
- Bündnis gegen Tierversuche
- Die Regionalgruppe Frankfurt der Albert-Schweitzer-Stiftung für unsere Mitwelt
- Tierschutzverein Langen-Egelsbach e.V.
- Wir sind Strays e. V.



Mehrere weitere Vereine und Gruppen waren erschienen. Insgesamt kamen ca. 400 Teilnehmer_innen. Wir danken allen ganz herzlich, die dabei waren! Es war eine großartige und kraftvolle Demo. Auch die Presse war in Form von ARD und ZDF vor Ort.

Höchstwahrscheinlich werden wir auch nächstes Jahr wieder zu einer solchen Demo aufrufen. Ganz sicher ist jedenfalls, dass wir auch weiterhin gegen die Massentierhaltung kämpfen werden, denn unsere Gesellschaft und unsere Politik müssen dringend den Kurs ändern! Es ist 5 NACH 12.

MATTHIAS EBNER



Firmenevent auf Kosten der Tiere

Am 4. November 2017 blies Dr. W. K. (Senior Management Consultant der Investment Banking Firma Evercore), zur feudalen Spaßjagd unter Geschäftspartnern. Dies bestätigte seine Sekretärin am Telefon, da sie die Einladungen verschickt hatte.

Geladen waren ca. 30 liquide Jagdscheininhaber aus hoch angesiedelten Wirtschaftszweigen, wie beispielsweise Carl Zeiss Sportoptic. Teilgenommen haben 25 Jäger, 15 Treiber und zwei Meuten (ca. 10 Hunde), laut Aussage der Taunus-Zeitung.

Start der Jagd hätte 9 Uhr morgens sein sollen, das erste Jagdhorn wurde dann um 10:04 Uhr geblasen und um 10:15 Uhr war der erste Schuss zu hören.

Sechs aktive Jagdgegner waren bereits seit Stunden im Wald, um sich das Gelände, anzuschauen. Nach den ersten Schüssen sahen wir unzählige flüchtende Tiere wie Rothirsche, Damwild, Wildschweine, Füchse und Vögel. Panik hatte sich im Wald ausgebreitet.

In diesem riesigen Wald, welcher mit weit über 70, teilweise neuen, Hochsitzen ausgestattet und der auf keinem Zugangsweg abgesperrt war, wurden zwischen 10:15 Uhr und 15:30 Uhr ca. 100 Schüsse abgegeben. Da nichts abgesperrt und nur ein Zugang mit einem Hinweisschild auf „Vorsicht Jagd“ gekennzeichnet war, verirrten sich viele Jogger, Mountainbiker und Spaziergänger in den Kugelhagel. Hier hat unsere Leiterin des Bundesarbeitskreises gegen Jagd bereits Strafanzeige wegen Gefährdung bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt gestellt, da hier massiv ignoriert und willkürlich hingenommen wurde, dass andere Tiere, aber ebenso Menschen, zu Schaden hätten kommen können. Auch wir befanden uns den gesamten Tag in Mitten des Kugelhagels. Fünfzehnmal schoss man direkt neben uns, so dass selbst wir – und wir sind mittlerweile recht unerschrocken – fassungslos zusammensackten.

Gegen 11:00 Uhr liefen uns drei völlig unruhige Jagdhunde in die Arme, welche sich bereitwillig und mutmaßlich das erste Mal, nachdem sie auf uns getroffen waren, in liebevollen Händen befanden. Einer der Hunde nahm wieder Witterung auf, die anderen beiden begleiteten uns ca. 45 Minuten, da nach dieser Zeit einer der Jäger in einem unsäglichem Tempo angefahren kam, einen der



beiden Hunde beinahe überfuhr, ausstieg, uns anpöbelte und im Anschluss die beiden Hunde in sein Auto lud.

Nachdem das Schießen, trotz Klarheit, dass viele weitere und absolut unbeteiligte Menschen im Wald waren, immer näher, rücksichtsloser und in kürzeren Abständen kam, riefen acht Personen bei der Polizei an. Herrn K. vom zuständigen Polizeirevier Usingen (Kreis Wehrheim) ließen die Anrufe jedoch völlig kalt. Uns wurde nur nahegelegt, den Wald zu verlassen. Auch die nicht vorhandenen Absperrungen und Hinweise interessierten ihn absolut nicht. Zwei verängstigte Jogger fragten uns nach dem besten Weg nach draußen, weil sie Angst hatten und nicht über dieser Jagd informiert wurden.

Nach diesen Anrufen muss sich allerdings etwas im Hintergrund getan haben, denn das Schießen wurde für ungefähr eine Stunde eingestellt.

Danach ging das feudale Treiben jedoch weiter, bis zur Mittagspause um 12:30 Uhr.

Wir blieben, im Gegensatz zu der Jägerschaft, im Wald und hofften darauf, Tiere zu finden oder eventuell helfen zu können. Das Ordnungsamt kam, fragte uns ob wir zu den Jägern gehörten und sagte dann, wir sollen nur nicht stören und ging wieder. Es ist unfassbar. Keine Warnung, kein Hinweis, nichts!

Die Jagdhunde liefen in der Mittagspause verstört, zitternd, ausgelaugt und suchend durch den Wald.

Sie wurden einfach sich selbst überlassen.

Um 13:45 Uhr ging es weiter, die Treiber waren erneut von zwei Seiten zu Gange. Hörner und Hundegebell, Schüsse aus allen Richtungen.

Wir durchstreiften in vielen Runden und mehreren Gruppen das Gebiet, es wurde keine Rücksicht genommen. Direkt neben uns wurde geschossen und unsere Vermutung ist, dass hier auch Kaliber verwendet wurden, die sonst nur bei Großwildjagden (Elefanten, Nashörnern, Bären, etc.) Verwendung finden.

Um 14:30 Uhr sahen wir eine kleine Rotte (eine Bache mit ihren fünf Frischlingen aus dem Frühjahr), wovon der letzte Frischling langsamer war und lahmte. Bei genauerem Hinsehen konnten wir erkennen, dass das linke Hinterbein nur noch an Sehnen zusammengehalten wurde und das Tier angeschossen war. Die Hilflosigkeit und unsere Machtlosigkeit machte uns spätestens jetzt zu schaffen.

Um 15:38 Uhr fiel der letzte Schuss und wir befanden uns an der Stelle, an der die feudalen Herrschaften, allen voran Gastgeber Herr Dr. K., abgeholt wurden.

Wir kamen ins Gespräch, wurden zuerst für Treiber gehalten und es wurde behauptet, dass es keinen Fehlschuss gegeben habe und daher auch eigentlich keine Nachsuche stattfinden müsste.

Wir berichteten von der Rotte und dem angeschossenen Frischling, auf einmal wurde die zuvor getroffene Aussage revidiert und zugesichert mit einem Hundegespann bis in die Nacht nachzusuchen.

Herr Dr. K. berichtete uns, „dass es ein tolles Firmenevent war“ und „die Tiere richtig Spaß hatten!“.

Nach einer kurzen Diskussion verabschiedete sich die Gesellschaft und wir begaben uns auf eigene Nachsuche.

Gefunden haben wir einen kleinen toten Körper eines anderen Frischlings, dessen Austrittswunde des Geschosses beinahe größer war als sein kleiner Körper selbst. Nach dem tödlichen Treffer muss er jedoch noch ein Stück weit gerannt sein, denn durch die offene Bauchverletzung quollen sein Darm und Magen so weit heraus,

dass er sich auf den letzten Metern seiner Flucht, an Dornbüschen und Zweigen an denen er hängen geblieben war, die Gedärme herausgerissen hat.

Ein so junges und unschuldiges Lebewesen, aus reinem Vergnügen getötet; denn auch hier erhielten wir die Aussage, dass dies nicht mehr verwertet werden wird. Ruhe in Frieden.

Anderen Tieren konnten wir gestern jedoch helfen, das Leben retten und auch die Erlösung des angeschossenen Frischlings hätte nicht stattgefunden, wenn wir nicht gewesen wären, denn ein weiterer Fehlschuss wurde nicht an den „Nachsuchtrupp“, bestehend aus einem Förster und einem Hund, gemeldet. Daher gehen wir davon aus, dass viele verletzte Tiere im Wald bei Wehrheim-Pfaffenwiesbach waren und einige schwer verletzt die Nacht nicht überstanden haben.

Ein Jagdhund wird seitdem vermisst; am Halsband trug er die Nummer 9, sein Name ist Sam. Auch diese armen Tiere werden aufgrund seines Instinktes instrumentalisiert und missbraucht!

Eine feudale, unnötige, perverse und ebenso Menschen gefährdende Spaßjagd, veranstaltet durch einen überheblichen, empathielosen Menschen, dem Geld nicht ausreicht, um glücklich zu sein.

PATRICIA KOPIETZ



Leiterin und Ansprechpartnerin unseres Bundesarbeitskreises gegen Jagd und Angeln ist: Patricia Kopietz
E-Mail: patricia-kopietz@tierschutzpartei.de
www.facebook.com/MUTgegenJagd



Dieser Bericht ging viral. Mittlerweile wurde der Originalbeitrag 2644 mal geteilt, 852 mal kommentiert und 1192 mal geliket.



Jagd auf "invasive" Arten

Der „Management- und Maßnahmenplan“ zum Umgang mit invasiven Arten (nach Artikel 19 der EU-Verordnung Nr. 1143/2014 und der Verordnung Nr. 2016/1141) für Waschbären und Nutrias umfasst auch die stärkere Bejagung (M5 bzw. M2). Dies sind nicht nur tierquälerische Vorhaben, sondern auch nicht zielführende.

Waschbären reagieren auf höhere Sterblichkeitsraten sofort, indem beispielsweise junge Weibchen früher, bereits nach ihrem ersten Lebensjahr, beginnen, Nachwuchs zu bekommen. Letztlich kann eine Bejagung also zur Erhöhung der Population führen, wie eine vergleichende Studie in Kassel und Bad Karlshafen belegt. Jagd bedeutet immer, dass Tiere vorsätzlich verletzt und Sozialstrukturen zerstört werden können. Ganz besonders abzulehnen ist der Einsatz von Totschlagfallen und insbesondere auch Abzugseisen, da Waschbären zur Nahrungsaufnahme ihre sensiblen Vorderpfoten verwenden und es somit zu ethisch höchst verwerflichen Brantenfängen kommt.

Sinnvolle Maßnahmen hingegen sind bereits dort üblich, wo Waschbär und Mensch seit vielen Jahrzehnten zusammen leben. Müllsäcke werden nicht auf die Straße gestellt, Bäume erhalten Manschetten, Dachböden werden speziell gesichert. Wichtig ist also aktive Vorsorge und bessere Informationspolitik. Auch die Weiterentwicklung und der gezielte Einsatz von Verhütungspillen muss vorangetrieben werden, was die wirksamste und zugleich schonendste Maßnahme in der künftigen Praxis zum Umgang mit Anstiegen von menschenverursachten Wildtierpopulationen werden kann und sollte.

Die tatsächlichen Ursachen und Umfänge für den Artenrückgang in der Tier- und Pflanzenwelt müssen zudem besser untersucht werden, da sich hier allzu oft herausstellte, dass nicht invasive Arten, sondern die industrielle Landwirtschaft mit ihren Monokulturen für Tierfutter und ihrem Pestizideinsatz stattdessen verantwortlich sind.

ROBERT GABEL

Jagdbeobachtung am 25. November am Westhang des Naturparks „Schömbuch“

Zwischen Herrenberg und Hildrizhausen. 350 Jäger, 215 Treiber und 80 Hunde vs. 13 Aktivisten

Bereits einen Tag zuvor fuhren wir den gesamten Wald ab, um sowohl Markierungen für das zu bejagende Gebiet ausfindig zu machen als uns auch mit den örtlichen Gegebenheiten vertraut zu machen.

Am Jagdtag, es goss aus Eimern und war bitterkalt, trafen wir uns um 7 Uhr morgens vor Ort, beschlossen unterschiedliche Routen und teilten uns in 6 Gruppen auf. Nachdem wir von mehreren Jägern gestellt wurden, diese uns teilweise anpöbelten und uns versuchten, Angst zu machen, indem diese uns drohten, durchstreiften wir in einem Radius von 8 km den Wald. Da auch bei einem Jagdevent das Waldbetretungsrecht über dem Jagdrecht steht und Jäger somit kein Betretungsverbot aussprechen können, merkten die Jäger jedoch recht schnell, dass sie mit ihrer Einschüchterungstaktik nicht weit kommen.

Um 10 Uhr war der offizielle Beginn der Jagd, um 10:08 Uhr konnten wir den ersten Schuss hören. Sogleich konnte jede Gruppe mehrere flüchtender Tiere sehen. Rehe, Damwild, Wildschweine und Füchse rannten um ihr Leben.

Die Treiber und Hunde waren lautstark im gesamten Waldgebiet zu hören. Eine Gruppe kam an der Sammelstelle vorbei, an der das sogenannte Anblasen vor Jagdbeginn stattfindet. Dort standen bereits mehrere leere Bierflaschen und halbvolle Schnapsflaschen. Eine andere Gruppe sah gegen 10:50 Uhr zwei Treiber mit jeweils einer Bierflasche in der Hand durch den Wald rennend. Es ist unfassbar, welch Geistes Kind hier am Werk ist und Lebewesen den Mördern vor die Flinte treibt.

Eine weitere Gruppe konnte beobachten wie ein Wildschwein angeschossen wurde, weiterannte, erneut beschossen wurde und dann einen steilen Abhang hinunterfiel. Untenliegend zuckte es noch mehrere Sekunden, war dann jedoch regungslos und vermutlich tot.

Unserer Gruppe lief ein völlig verängstigter Fuchs über den Weg. Als er uns sah, machte er kehrt und dies rettete mit Sicherheit sein Leben, denn er wäre geradezu einem Hochsitz mit ansitzendem Jäger in die Flinte gelaufen

Um 12:30 Uhr fiel der letzte Schuss und die Jäger stiegen von ihren Ansitzen. Wir machten uns an den Ort auf, an dem die Strecke (die toten Tiere) ausgelegt werden und auch das Ausblasen stattfindet.

Dort konnten wir beobachten, wie viele der Jäger Alkohol tranken und sich dann hinter ihre Steuer in den Autos setzen und wegfuhren. Wir haben daraufhin die Polizei angerufen und gebeten, Alkoholkontrollen durchzuführen. Wie dies ausgegangen ist, können wir leider nicht sagen.

Mit einem der Jäger habe ich mich persönlich unterhalten und selbst dieser sagte, dass es eine Schande ist, was hier veranstaltet wurde. Er findet solche „Events“ nicht gut, Bewegungsjagden seien im Allgemeinen absolut gegen das Tierschutzgesetz und er habe auch aus diesem Grund heute nicht geschossen, auch und obwohl er dabei war, bzw. dabei sein musste.

Wir konnten einigen Tieren das Leben retten, ganz legal, freundlich, gesprächsbereit und friedlich. Fakten über diesen Tag: 350 Jäger, 215 Treiber, 80 Hunde auf 2200 Hektar, geschossene Tiere: 33 Wildschweine, 32 Rehe, neun Füchse, zwei Rotwild

PATRICIA KOPIETZ, LEITERIN DES BAK GEGEN JAGD



Jäger in Deutschland: rund 383.000 JägerInnen
Davon Frauenanteil: rund 10 %

Offizielle Streckenangaben: 4 Millionen Tiere

Dunkelziffer: 10 Millionen Tiere, da nicht registriert werden: Vögel wegen des hohen administrativen Aufwands und der erschwerten Nachsuche; Hunde und Katzen; angeschossene Tiere die dann qualvoll verenden; illegale Abschüsse.

Jährlich werden 2000 Tonnen bleihaltige Munition in Deutschlands Wäldern verschossen. Dies ist eine enorme Belastung für die Umwelt, Gesundheit und unser Trinkwasser.

Waidrecht ist an keinerlei Gesetze gebunden, übersetzt: Jeder Jäger kann tun und lassen was er will. Trotz der 0,0 Promille-Grenze in den Bundesländern, ist es absolut üblich, vor, während und nach der Jagd (dies spielt vor allem eine Rolle bei mehrtägigen Jagdevents) viel Alkohol zu konsumieren. Viele Jäger sind während der Jagd betrunken, haben noch Restalkohol, oder haben bereits vor Beginn der Jagd getrunken.

Erfolgreiche internationale Konferenz für Streunerhunde in Madrid

Die niederländische Partei für die Tiere (PvdD) hat in Madrid, gemeinsam mit der spanischen Schwesterpartei PACMA, eine internationale Konferenz zur Strassenhundeproblematik organisiert. Vertreter von Tierschutzparteien und Tierschutzorganisationen aus mehr als 20 Ländern konnten Erfahrungen austauschen, mit dem Ziel, die Situation von Strassenhunden weltweit zu verbessern.

Während der Konferenz, die zwischen dem 29. September und dem 1. Oktober stattfand, haben Teilnehmer aus allen Teilen der Welt – von Spanien bis Taiwan, von Georgien bis Australien und von Kolumbien bis Ecuador – Erkenntnisse ausgetauscht und sich einander inspiriert, um für das weltweit aktuelle Streunerproblem auf politischem Wege zu tierfreundlichen Lösungen zu gelangen. Prominente Experten der International Companion Animal Management (ICAM)-Koalition haben ihre Expertise mit den anwesenden Gästen geteilt.

Tierschutzorganisationen aus unterschiedlichen Ländern teilten viele interessante Erfahrungen aus ihrem jeweiligen Land. So erzählte eine ukrainische Organisation von ihren sehr innovativen und effektiven, aber gleichzeitig kostengünstigen, digitalen Werkzeugen zur Registrierung und Überwachung streunender Tiere, der sogenannten Animal-ID. Sally Kadaoui erzählte von ihrer einzigartigen, persönlichen und erfolgreichen Art, die lokalen Bevölkerungsgruppen in der marokkanischen Stadt Tanger bei der Verbesserung der Situation der Hunde vor Ort mit einzubeziehen. Sie zeigt, dass, wenn wir gut für Tiere sorgen, es auch den Menschen besser geht.

Als Teilnehmer der Partei Mensch Umwelt Tierschutz waren Martin Buschmann (stellv. Generalsekretär und Leiter des BAK International) sowie als Gast die Bundesvorsitzende Sandra Lück anwesend.

Teil der Konferenz war auch eine Vorlesung von Marianne Thieme. Als Gründerin und Fraktionsvorsitzende der niederländischen PvdD sprach Thieme im vollbesetzten Saal des Museums Lázaro Galdiano über die Rolle der Partei und über die Rechte der Tiere, sowohl in den Niederlanden als auch außerhalb. Sie erklärte auch die Notwendigkeit der politischen Einflussnahme, um die Positionen



der Tiere, Natur und Umwelt zu verbessern. Diese Themen sind anscheinend sehr aktuell in Madrid, denn die Lesung Thiemes war komplett ausverkauft.

„Die Partij voor de Dieren ist in den Parlamenten die erste politische Partei in der Welt, die nicht die kurzfristigen Interessen des Menschen in Zentrum stellt, sondern den gesamten Planeten mit all seinen Bewohnern. Die Partei verbucht politisch große Erfolge und hat mittlerweile 53 VolksvertreterInnen, darunter fünf im niederländischen Parlament, zwei im niederländischen Senat und eine im europäischen Parlament. Weltweit gibt es mittlerweile 18 Parteien für die Tiere,“ resümiert Marianne Thieme.

„Als Mitglied der APF war diese Konferenz die mit den meisten Teilnehmern. Ich bin sehr glücklich, so viele neue Freunde aus Taiwan, dem Oman, der Ukraine und den vielen anderen Ländern getroffen zu haben“ kommentiert Martin Buschmann: „Ein weiterer wichtiger Schritt in die Zukunft. Eine internationale Zusammenarbeit und Vernetzung ist unumgänglich. Probleme wie Umwelt- und Tierschutz haben keine nationalen Grenzen. Gerade bei der kommenden Europawahl werde ich mich dafür einsetzen, diese gemeinsamen Ziele durchzusetzen. Nur zusammen können wir die Welt verändern.“

MARTIN BUSCHMANN

Empfang in der Botschaft von Estland in Berlin

Am ersten Juli 2017 übernahm Estland die EU-Ratspräsidentschaft. Dies war der Anlass, den geladenen Gästen einen Einblick in die Botschaft zu geben und über die Fortschritte in Estland zu berichten. Der Botschafter Dr. Mart Laanemäe begrüßte die Gäste und es ergab sich eine Gesprächsrunde.

„Solche Termine sind auch für uns wichtig“, sagt Martin Buschmann, stellv. Generalsekretär und Leiter des BAK für International Angelegenheiten. „Wenn wir im Europaparlament mit guten Verbindungen und souverän auftre-

ten wollen, müssen wir entsprechende Kontakte knüpfen, damit man uns von Beginn an ernst nimmt.“ Martin Buschmann ist bereits seit einigen Jahren in den Botschaften von Venezuela, Korea, Ecuador sowie Thailand gern gesehener Gast. Verbindungen bestehen ebenfalls zur Botschaft von Vietnam, Kuba und Laos.

MARTIN

BUSCHMANN

Pessoas-Animais-Natureza (PAN) in Portugal bekommt 32 Sitze in den Kommunalparlamenten!

Unsere Schwesterpartei in Portugal hat bei den Kommunalwahlen in Portugal einen riesigen Erfolg zu verzeichnen: Wie Filipe Cayolla (Vorstandsmitglied PAN) dem Leiter des BAK International berichtet, ziehen 32 Vertreter der PAN in Stadt- und Kommunalparlamente ein. Allein in Porto hat die PAN 2,78% bekommen ohne ein nennenswertes Budget für den Wahlkampf.

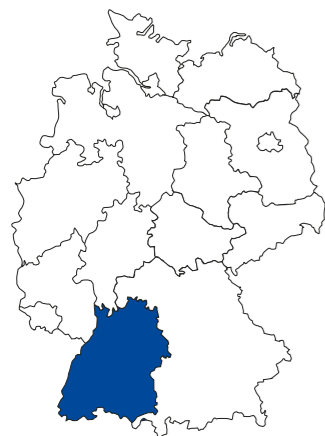
„Dieses ist ein historischer Sieg für Tierrechte in Portugal!“ kommentiert Martin Buschmann (stellv. Generalsekretär und Leiter des BAK International): „Ein historischer Schritt für Tierrechte, soziale Themen sowie den Umweltschutz. Vor allem freut es mich, daß meine Freunde Bibiana Cunha und Albano Lemos Pires in die Parlamente eingezogen sind. Die beiden durfte ich auf der vergangenen APF-Konferenz in Tirana kennenlernen. Ein



weiterer Schritt für Veränderung in der Welt. Herzlichem Glückwunsch allen Vertretern der PAN in Portugal. Wir, von der Partei Mensch Umwelt Tierschutz wünschen allen gewählten Abgeordneten einen guten Start!“

MARTIN

BUSCHMANN



Landesverband Baden-Württemberg

Vorsitzende: Matthias Ebner und
Coryn Weber-Castoldi
Geschäftsstelle:
Postfach 29, 75231 Tiefenbronn
Telefon: 0160 90 15 33 20
E-Mail: baden-wuerttemberg@tierschutzpartei.de

Kundgebung gegen den 1.000-Kühe-Stall

In Ostrach bei Sigmaringen planen 4 Agrarindustrielle gemeinsam eine Tierfabrik für 1.000 "Milch-Kühe". Dagegen kämpft eine Bürgerinitiative vor Ort. Am Samstag, 01.07.2017, hielt diese in Sigmaringen eine Kundgebung dagegen ab, an der neben ca. 300 weiteren Bürger_innen auch mehrere Mitglieder des Landesverbandes Baden-Württemberg der Tierschutzpartei teilnahmen.



In mehrere Redebeiträgen wurde klargestellt, was auch die Tierschutzpartei regelmäßig deutlich macht:

- Dass immer noch neue Tierfabriken genehmigt werden, ist ein Skandal. Die Mehrheit der Bevölkerung möchte die Abschaffung der Massentierhaltung. Trotzdem handeln die etablierten Parteien, wie im vorliegenden Fall der Gemeinderat von Ostrach, nach wie vor so verantwortungslos, derartige Projekte zu genehmigen.
- Die Massentierhaltung ist der Klimakiller Nummer Eins, verseucht unsere Böden, führt zu Antibiotika-Resistenzen, immer mehr Krebs- und Herz-Kreislauf-Kranken, Welthunger, Regenwald-Zerstörung und dem Sterben kleinbäuerlicher Betriebe.



- Wir brauchen dringend politische Maßnahmen, um die Massentierhaltung so schnell wie möglich durch eine bio-vegane Landwirtschaft zu ersetzen.
- Niemand muss auf irgendetwas verzichten. Es geht lediglich darum, zu einer nachhaltigen Landwirtschaft und einer gesunden Ernährung mit pflanzlichen Alternativen überzugehen.
- Politiker_innen, die trotz eindeutiger Faktenlage immer noch die Massentierhaltung unterstützen, müssen unverzüglich abgewählt werden. Die Tierschutzpartei ist die einzige echte Alternative, die diesen Wandel herbeiführen wird und gleichzeitig auch alle weiteren wichtigen Herausforderungen unserer Zeit konsequent angehen würde.
- Als einer der ersten Schritte in die richtige Richtung muss der 1.000-Kühe-Stall im Süden von Baden-Württemberg unbedingt verhindert werden. Hierzu sind alle Bürger_innen gefragt mittels E-Mails, Briefen und Anrufen entsprechend Druck auf das Landratsamt Sigmaringen auszuüben, welches nach dem Gemeinderat nun ebenfalls noch über den Bau und Betrieb dieser Tierfabrik entscheiden muss.

TEXT: MATTHIAS EBNER, FOTOS: JULIA SENGLAUB

CSD 2017 in Stuttgart und Mannheim Tierschutzpartei auf der Parade und Informationsmeile

CSD in Stuttgart

Am 29. Juli waren wir auf dem CSD in Stuttgart mit einer Laufgruppe vertreten.

Natürlich war die Eheöffnung ein wichtiger Schritt für die LGBT-Community, doch es gibt noch einige Punkte, die geändert werden müssen, um eine vollständige Gleichstellung in Deutschland zu erreichen.



Während der Parade waren Demonstrant_innen so begeistert von unserer Präsenz, dass sie sich unserer Laufgruppe angeschlossen haben. Ausgestattet mit Schildern, Bannern und Informationsmaterial haben wir uns für die Rechte von LSBTTIQ-Menschen stark gemacht.

Flyer reichen nicht immer aus, um alle Fragen zu beantworten und natürlich wird das Interesse geweckt, für was die Partei Mensch Umwelt Tierschutz noch steht. Daher waren wir ebenfalls am Sonn-

tag mit einem Stand auf der Informationsmeile vertreten. Dort konnten Passant_innen alles über unsere Partei und die jeweiligen Thematiken erfahren. Mit leckeren veganen Bio-Keksen im Gepäck konnten wir zudem einigen Leuten die vegane Lebensweise näher bringen.



CSD in Mannheim

Am 12. August waren wir des weiteren auch auf dem CSD in Mannheim vertreten. Auch dort bekam unser Stand großen Zulauf. Unsere Armbändchen „Tierrechte in die Parlamente – tierschutzpartei.de“ fanden reißenden Absatz. In Mannheim nahm zudem einer der beiden Leiter unseres Bundesarbeitskreises LSBTTIQ, Matthias Gottfried, an der Schweigeminute teil, zu der je ein_e Vertreter_in jedes Standes auf die Bühne gebeten wurde. Dabei wurde allen Menschen gedacht, die im letzten Jahr weltweit homophober Gewalt zum Opfer gefallen sind.

Fazit

Wir freuen uns jedes Mal aufs Neue auf diese liebevolle Community und den starken Zuspruch, den wir jedes Mal bekommen.

Wir bedanken uns herzlich bei euch und freuen uns auf den nächsten CSD, bei dem ihr euch gerne anschließen könnt. TEXT UND FOTOS: ROBIN MARGIC UND MATTHIAS EBNER

Podiumsdiskussion in Calw zur Bundestagswahl 2017

Am 17.07.2017, dem Tag, an dem die Frist zur Sammlung der Unterschriften zur Bundestagswahl-Teilnahme endete, begann für die Tierschutzpartei auch direkt der Wahlkampf, denn für den Abend dieses Tages hatte die Volkshochschule Calw zusammen mit dem NABU die Direktkandidierenden des Wahlkreises Calw zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Stellvertretend für unseren Direktkandidaten Dirk Witzelmaier, der sich nach der stressigen Phase des Unterschriftensammelns bereits für ein paar Tage in den wohlverdienten Urlaub verabschiedet hatte, nahm unser Bundes- und baden-württembergischer Landesvorsitzender Matthias Ebner daran teil. Bei der Diskussion wurden vom Moderator die Themen Umwelt-, Klima-, Tier-, Arten- und Naturschutz angesprochen.

Naturngemäß hatten die Vertreter der FDP und der AfD nicht viel hierzu zu sagen. Letzterer meldete sich nur mit einem Beitrag zu Wort, in dem er klarstellte, dass der menschengemachte Klimawandel seiner Meinung nach (und der seiner Partei) eine Verschwörung sei und dass die Menschen, die an Küsten oder in Afrika leben, wo sie von steigendem Meeresspiegel und Überflutungen bzw. Dürren bedroht sind, jeweils selbst an diesen dramatischen Klimaveränderungen schuld seien und deshalb gefälligst dort bleiben sollten statt nach Deutschland zu fliehen.

Die beiden Vertreter von SPD und CDU, Saskia Esken und Hans-Joachim Fuchtel, feierten angebliche Erfolge der großen Koalition und redeten, als seien sie die größten Umweltschützer überhaupt.

Matthias Ebner stellte daher klar, dass die Industrienationen am Klimawandel schuld sind und deshalb auch Klimaflüchtlingen (genauso wie anderen Geflüchteten) Schutz bieten müssen sowie, dass in Deutschland bisher keinesfalls auch nur annähernd ausreichend viel für das Klima und die Umwelt getan wird. Gerade die Große Koalition habe nahezu alle Maßnahmen für mehr Klima- und Umweltschutz blockiert, wie die Blockade der Bundesregierung in der EU zum Verbot von Pestiziden und höheren Abgasnormen sowie auch das Abstimmungsverhalten der beiden Direktkandidierenden von CDU und SPD zeigen (siehe www.wahrplakat.abgeordneten-watch.de).

Alles in allem war es daher ein sehr erfolgreicher Wahlkampfauftritt für die PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ. Einziger Wehmutstropfen des Abends war, dass sich auch hier die Politikverdrossenheit eines Großteils der Bevölkerung manifestiert hat, indem nur sehr wenige Besucher_innen anwesend waren.



Jetzt Fan werden!

www.facebook.com/ParteiMenschUmweltTierschutz



Weitere Aktionsberichte aus Baden-Württemberg



Rede bei Tierheim Esslingen

Das Tierheim Esslingen plant den Bau eines neuen Tierhauses, wofür noch einiges an finanziellen Mitteln benötigt wird. Zur Unterstützung des Projekts hat unser Mitglied Adelheid Frank bei der dortigen Presseveranstaltung am 19.08.2017 eine Rede gehalten. Wir drücken die Daumen, dass genug Geld zusammen kommt.

Wahlkampf in Stuttgart

Am 14.09. waren die beiden Direktkandidaten für die Wahlkreise Stuttgart I und II, Matthias Ebner und Matthias Gottfried, die auf den Plätzen 1 und 6 auch auf der Landesliste der Tierschutzpartei kandidiert haben, auf Einladung der Initiative mitmachen ohne mitzuspielen bei der Diskussionsrunde „Demokratisierung der Demokratie“ dabei, die im Stuttgarter Forum 3 stattfand. Dort wurde über die Wahlprüfsteine diskutiert, die diese Initiative im Vorfeld an alle Parteien verschickt hatte. Anwesend waren nur Vertreter_innen von nicht im Bundestag repräsentierten Parteien. Wir konnten hier sehr deutlich machen, dass wir für echte Demokratie statt Lobbykratie stehen und uns zu diesem Thema bereits viele Gedanken gemacht und Forderungen aufgestellt hatten.

Am 16. und 23.09. waren Matthias Ebner und Matthias Gottfried zudem mit einem Infostand auf der Königstraße, der Stuttgarter Einkaufsmeile, präsent. Dabei wurden sie jeweils dankenswerterweise von den beiden Mitgliedern Angelika Pfaff-Evers und Selina Voigtländer tatkräftig unterstützt.

Leider war das Wetter am 16.09. miserabel, sodass dieser Tag leider nicht ganz so erfolgreich war. Am 23.09. schien jedoch den ganzen Tag die Sonne auf uns herab, sodass sehr viele Menschen an unseren Stand kamen und sich auf den letzten Drücker noch über uns informierten oder ihre letzten, noch offenen Fragen an uns richteten. An diesem Tag direkt vor der Bundestagswahl konnten wir somit sehr viele Menschen erreichen und auch ein Neumitglied gewinnen. An beiden Tagen gelang es uns zudem in einigen konkreten Fällen, Menschen davon zu überzeugen, doch uns zu wählen und nicht etwa die Grünen als kleinstes Übel, das sicher in den Bundestag einziehen würde. Dies gelang meist mit dem Argument, dass nur viele Stimmen für uns die Etablierten dazu zwingen können, sich unserer Themen konsequenter oder überhaupt erst einmal anzunehmen. Weitere Argumente zu diesem Thema haben wir übrigens unter www.tierschutzpartei.de/jede-stimme-hilft/ zusammengestellt.



Landesverband Berlin

Vorsitzende: Evgueni Kivman und Artur Kalka
Geschäftsstelle:
c/o Artur Kalka
Weserstraße 165, 12045 Berlin
Telefon: 030 52685169, 0176 49948765
E-Mail: evgueni-kivman@tierschutzpartei.de



Ein harter Wahlkampf mit 3000 Plakaten

Der Landesverband Berlin freute sich in den vergangenen Monaten über regen Zulauf von neuen Aktivisten und konnte deswegen einen neuen Rekord aufstellen: Etwa 3000 Plakate wurden vor der Bundestagswahl in ganz Berlin aufgehängt. Bei der Abgeordnetenhauswahl 2016 waren es noch 2000 Plakate. Das alles ist natürlich noch nichts im Vergleich zu den Zahlen bei den großen Parteien, die Plakate in der Größenordnung von 50.000 in Berlin aufhängen, aber auch bei uns geht es voran.

Das Ziel für die Abgeordnetenhauswahl 2021 in Berlin sind Plakate in der Größenordnung von 15.000. Da wir 2016 mit 2,2% im Bezirk Neukölln nicht weit von der 3%-Hürde für die Bezirksverordnetenversammlung entfernt waren, zeigt sich, dass ein Wahlkampf mit etwas mehr Unterstützung durchaus 2021 den Durchbruch auf dieser Ebene bringen kann. Da unsere staatlichen Mittel sehr begrenzt sind, sind wir leider auf Wahlkampfspenden angewiesen. Allerdings ist es nicht viel: Ein Plakat kostet im Druck unter 2 Euro (und kann natürlich wiederverwendet werden). Bereits bei geringen Spenden und etwas mehr ehrenamtlicher Unterstützung beim Aufhängen sind deutlich effektivere Wahlkämpfe möglich.

Wer uns unterstützen oder unverbindlich kennenlernen möchte, ist herzlich eingeladen. Wir treffen uns regelmäßig zu Infotreffen oder offenen Stammtischen in veganen Restaurants. Die genauen Termine findet man unter: www.tierschutzpartei.de/termine-berlin



Analyse der Wahlergebnisse in Berlin

Auf den ersten Blick ist das Wahlergebnis bei der Bundestagswahl eine Ernüchterung: Von 1,9 % bei der Abgeordnetenhauswahl 2016 sind wir auf 1,4 % bei der Bundestagswahl 2017 in Berlin gefallen. Bei einem Blick auf die historischen Wahlergebnisse in Berlin sieht man den Grund dafür allerdings schnell: Die Position der Tierschutzpartei auf dem Wahlzettel ist entscheidend. Stehen wir oben, direkt unter den etablierten und bekannten Parteien (z. B. auf den Positionen 6 bis 8), erhalten wir deutlich bessere Wahlergebnisse, als wenn wir irgendwo in der Mitte oder am Ende stehen und somit unter all den kleinen Parteien untergehen.

Jahr	Wahl zum	Position	Ergebnis
1998	BT	18/23	0,5%
1999	EP	20/20	1,0%
1999	AH	15/17	1,1%
2004	EP	7/23	1,6%
2006	AH	19/23	0,8%
2009	EP	6/31	1,4%
2009	BT	14/16	1,4%
2011	AH	7/22	1,5%
2014	EP	7/24	1,6%
2016	AH	8/21	1,9%
2017	BT	23/24	1,4%

AH = Abgeordnetenhaus, EP = Europaparlament, BT = Bundestag, fett = gute Position auf dem Wahlzettel

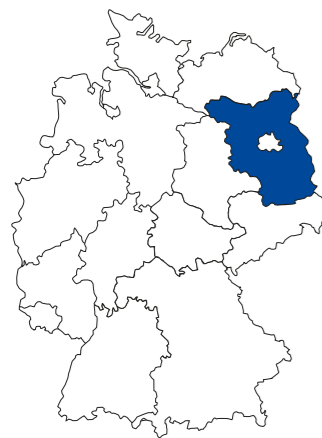


Wir gehen davon aus, dass dieser Zusammenhang daher kommt, dass unsere Wahlergebnisse (leider) noch zu einem großen Teil von unentschlossenen Wählern getragen werden, von denen sich auch viele erst in der Wahlkabine entscheiden. Solche Menschen wählen uns natürlich mit geringerer Wahrscheinlichkeit, wenn wir auf dem Wahlzettel nicht so leicht zu finden sind oder nicht besonders gut auffallen, und suchen uns nicht so hartnäckig wie die Menschen, die vorher schon genau wissen, dass sie die Tierschutzpartei wählen wollen. Um dieses Problem anzugehen, müssen wir alles unternehmen, um in Zukunft deutlich bekannter zu werden, denn viele kennen die Tierschutzpartei leider nicht oder zumindest kaum.

Die gute Nachricht ist: Vergleicht man die Wahlen mit guter und schlechter Position auf dem Wahlzettel getrennt voneinander, ist in beiden Fällen ein deutlicher Trend nach oben zu sehen. Bei schlechter Position waren die Wahlergebnisse 0,5 % - 1,0 % - 1,1 % - 0,8 % - 1,4 % - 1,4 % und bei guter Position 1,6 % - 1,4 % - 1,5 % - 1,6 % - 1,9 %.

Die Bundestagswahl 2009 stellt mit ihrem deutlichen Sprung nach oben trotz schlechter Position auf dem Wahlzettel einen Ausreißer dar. Allerdings muss man hier berücksichtigen, dass die Bundestagswahl 2009 weniger als 4 Monate nach der Europawahl 2009 stattfand. Viele unserer „Spontanwähler“ von der Europawahl konnten sich bei der Bundestagswahl wohl noch daran erinnern, dass sie die Tierschutzpartei gewählt haben, und haben uns dann wieder gewählt.





Landesverband Brandenburg

Vorsitzende: Silvia Dreyer, Birgit Enke
Geschäftsstelle: Silvia Dreyer
Mühlenfeld 6, 16515 Oranienburg
Telefon: 03301 / 70 41 75
Telefax: 03301 / 53 86 19
E-Mail: silvia-dreyer@tierschutzpartei.de



Der Landesverband Brandenburg bedankt sich ganz herzlich bei allen Tierfreunden, Mitgliedern und Aktiven für dieses tolle Wahlergebnis – Nur gemeinsam sind wir stark!

Bei unserem ersten Wahlantritt hat unsere Partei im Land Brandenburg bereits 26.243 Stimmen erhalten, das entspricht 1,8 %. Damit stehen wir von den 15 angetretenen Parteien auf Platz 7 und an 1. Stelle der „sonstigen“ Parteien. Unsere Ergebnisse in den 10 Wahlkreisen liegen alle über 1 %, die höchsten bei 2 %. In vielen Wahllokalen konnten wir über 3 % und sogar bis 6 % erzielen (s. Tabelle der Ergebnisse der Bundestagswahl).

Wir freuen uns über dieses gute Ergebnis und bedanken uns bei allen Wählerinnen und Wählern sowie bei allen Aktiven und Unterstützern, die dies ermöglicht haben.

Auf diesen Wahlergebnissen können wir für die Kommunalwahlen und die Landtagswahl 2019 aufbauen. Die Ergebnisse zeigen uns deutlich, dass die Brandenburger die lebensverachtenden Zustände für viele Millionen von Tieren ablehnen. Sie wünschen sich auch keine zerstörte Umwelt, keine Kinder- und Altersarmut und mehr soziale Gerechtigkeit.

Wir laden alle Tierfreunde und Interessenten ein, uns näher kennenzulernen. Nur gemeinsam können wir unsere Politik des Mitgefühls und des Miteinanders umsetzen. Es gibt nichts Schöneres als in glückliche Tieraugen zu schauen und das verlorengegangene Gefühl des Miteinanders wieder mehr zu spüren.

SILVIA DREYER, VORSITZENDE DES LV BRANDENBURG
DER PARTEI MENSCH UMWELT TIERSCHUTZ - TIERSCHUTZPARTEI
MOBIL: 0172 3182502, WWW.TIERSCHUTZPARTEI.DE



Der Landesverband Brandenburg erstattet Strafanzeige gegen die Verantwortlichen der Agrargenossenschaft Günthersdorf e.G.

wegen des Verdachts des Verstoßes gegen § 17 Nr. 2b TierSchG sowie zahlreicher Verstöße gegen die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder.

Anfang September erhielten wir von PETA unfassbare Informationen über die Zustände in einem Schweinezucht- und mastbetrieb in Günthersdorf (Friedland). Tote, schwer verletzte und sterbende Ferkel werden einfach ihrem Schicksal überlassen. Die Schweinebuchten sind extrem mit Exkrementen verschmutzt und die Sauen leiden in viel zu engen Kastenständen.

PETA erstattete bereits im Februar 2017 Strafanzeige gegen die Verantwortlichen der Agrargenossenschaft und informierte das zuständige Veterinäramt. Diese katastrophalen Zustände wurden jedoch nicht abgestellt.

Der zuständige Amtstierarzt spricht über den vorrangigen Erhalt der Arbeitsplätze und über die personellen und finanziellen Engpässe in der ostdeutschen Landwirtschaft. Michael Wimmer vom BUND fällt nur das Wort „Systemversagen“ ein und unser Tierschutzbeauftragter darf sich aufgrund des laufenden Strafverfahrens auch nicht dazu äußern.

Sicher sind Arbeitsplätze sehr wichtig, aber es kann nicht sein, dass nur der Mensch im Mittelpunkt steht und so ein Tierleid keine oder kaum Beachtung findet. Deshalb haben wir uns der Strafanzeige von PETA angeschlossen, um den Druck auf die Verantwortlichen zu erhöhen, damit den Tieren umgehend geholfen wird.

Die „Schweinehölle von Günthersdorf“ muss schnellstmöglich der Vergangenheit angehören!

SILVIA DREYER, VORSITZENDE DES LV BRANDENBURG



Wenn Tierliebe zur Tierquälerei wird – Wo bleibt unser Mitgefühl?

Vor ca. 20 Jahren begann Frau Marion Strohbachs außergewöhnliche Tierliebe. Zunächst mit Kaninchen, im Laufe der Jahre kamen immer mehr Hühner und Enten dazu. Heute hält Frau Strohbach etwa 100 Kaninchen und jeweils rund 50 Enten und Hühner sowie 4 Puten und etliche Katzen auf ihrem 1300 qm großem vollgemülltem Grundstück in Hennigsdorf.

Die Nachbarn fühlen sich vom Lärm und dem Geruch der Tiere belästigt. Seit Jahren wird ein zermürbender Rechtsstreit geführt, durch den Frau Strohbach inzwischen in finanzielle Not geraten ist.

Laut einem Vergleich vom Juni 2014 sollte sie ihr Geflügel abends ab 20 Uhr bis morgens 8 Uhr einsperren. Die Nachbarn hatten ihr Ziel erreicht, aber auf Kosten der Tiere. Ein Teil der Hühner ist seitdem ohne Auslauf und ständig in viel zu kleinen Käfigen untergebracht, fast wie bei der Käfighaltung in Mastbetrieben.



Außerdem fehlen die vorgeschriebenen Tränken. Auch die etwa 100 Kaninchen leben nur in Buchten, die wegen der großen Anzahl der Tiere bereits mehrfach unterteilt wurden, so dass die geforderte Mindestgröße nicht eingehalten wird.

Frau Strohbach wandte sich jetzt wegen finanzieller Unterstützung

an die Presse. Olaf Netzel, Vorstandsmitglied des LV Brandenburg, wurde durch den Presseaufruf der Frau Strohbach auf ihr Grundstück und ihre Tiere in Hennigsdorf aufmerksam.

Er befragte die Nachbarn und dokumentierte die katastrophalen Haltungsbedingungen der Kaninchen und Hühner. Der tatsächliche Zustand der Tiere konnte aufgrund der Entfernung nicht genau festgestellt werden. Es ist aber davon auszugehen, dass sich einige in keinem guten gesundheitlichen Zustand befinden.

Am 24. Mai wandte sich Olaf Netzel mit seinen Recherchen, die eindeutig Verstöße gegen die § 13 und 34 der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung ergaben, an das Veterinäramt Oberhavel. Das Amt nahm die Ermittlungen auf.

Es ist sehr traurig, wenn ein tierliebender Mensch durch eine zu große Ansammlung von Tieren die Übersicht verliert und somit keine artgerechte Haltung mehr gewährleisten kann. Noch trauriger ist aber, dass viele Menschen das Schicksal dieser Tiere überhaupt nicht berührt und sie nur das eigene Wohlergehen in den Vordergrund stellen.

DER VORSTAND DES LV BRANDENBURG



Ein interessanter Tierschutztag in der Johannes-Clajus-Schule in Herzberg

Am 25.04. 2017 durfte die „Tierhilfe Südbrandenburg e.V.“ den Schülerinnen und Schülern der 9. Klasse der Johannes-Clajus-Schule in Herzberg den Tierschutz näher bringen.

Susanne Seidler, die 1. Vorsitzende des Vereins und Vorstandsmitglied des LV Brandenburg der Partei Mensch Umwelt Tierschutz, berichtete von ihrer praktischen Tierschutzarbeit. Unterstützt wurde sie dabei von ihren Vereinsmitgliedern Mandy Berger und Anett Merwart.

Mit dabei waren auch die kleine Hündin Mira und das Kätzchen Arya, die für eine lockere und ungezwungene Stimmung im Klassenraum sorgten. Die Tierschützer erzählten von der aufwendigen Arbeit der Pflegestellen, von ihren Vermittlungstieren, aber auch von Katzenkrankheiten, die es zu behandeln galt.

Ein weiteres Thema war der Umgang mit Wildtieren und Nutztieren.

Mit diesen Themen konnte die Tierhilfe den Mädchen und Jungen der 9. Klasse abwechslungsreiche, aber auch sehr informative 90 Minuten gestalten.

Kinder bzw. Jugendliche sind in ihrer Moral sehr empfindlich und sensibel, somit hat der Verein mit den kleinen Vierbeinern Mira und Arya voll ins Schwarze getroffen.

Es war für alle Beteiligten ein schönes Erlebnis.



Landesverband Brandenburg auf dem Potsdamer Umweltfest in Aktion

Am 17. September war unser Landesverband mit auf dem Potsdamer Umweltfest im Volkspark Potsdam vertreten. Über 100 Teilnehmer, u.a. die Albert-Schweitzer-Stiftung, der BUND e.V., Berlin vegan, der Tierschutzverein Potsdam u.v.m. präsentierten sich an den unterschiedlichsten Ständen.

Am Stand der Tierschutzpartei waren unsere Wahlplakate gut sichtbar angebracht und unser blaues Zelt war inmitten vieler weißer Zelte gut erkennbar. Unsere Attraktion waren aber die „laufenden Wahlplakate“. Damit konnten wir noch mehr Besucher erreichen und ihnen unsere Flyer übergeben. „Ich habe die Tierschutzpartei bereits gewählt“ oder „Ich werde euch wählen“ bzw. „endlich einmal eine vernünftige Partei“, diese Sätze konnten wir öfter hören und freuten uns darüber natürlich sehr.

Auch viele unserer Kinder und Jugendlichen stehen hinter uns. Bei der U18-Wahl erreichte Brandenburg bereits bei diesem ersten Wahlantritt rund 7 Prozent. Das ist ein tolles Ergebnis, denn das werden unsere Wähler von morgen sein.

In vielen Gesprächen haben wir deutlich gemacht, dass sich die zurzeit schrecklichen und lebensverachtenden Zustände für viele Millionen von Tieren nur durch eine andere Politik ändern lassen. Durch eine Politik des Mitgefühls, des Miteinanders, eine Politik ohne Profitmaximierung. Das ist unsere Politik!

SILVIA DREYER, 1. VORS. DES LV BRANDENBURG



„Landesverband Brandenburg mit neu gewähltem Vorstand wieder aktiv“

Erfolgreicher Tag für die Tierschutzpartei Brandenburg

Auf einer gut besuchten Mitgliederversammlung im brandenburgischen Oranienburg wurde am Samstag, den 8. April 2017 ein neuer siebenköpfiger Landesvorstand der Partei Mensch Umwelt Tierschutz gewählt.

Bereits am 12. März hatte die Partei ihre Kandidaten für die Bundestagswahl 2017 aufgestellt. Zur ersten Vorsitzenden wurde die bekannte Tierschützerin Silvia Dreyer aus Oranienburg gewählt. Silvia Dreyer ist neben dem Engagement für die Tierschutzpartei besonders im aktiven Tierschutz für Fundkatzen und verwilderte oder ausgesetzte Hauskatzen tätig, sie ist Begründerin der Oranienburger Gruppe des Freundeskreises Katze und Mensch e.V. Zur zweiten Vorsitzenden wurde Birgit Enke aus Wittstock gewählt. Mit Silvia Stoffels, Olaf Netzel, Susanne Seidler, Max Mogk und Karin Rother ist der Landesvorstand komplett.

Der damalige Bundesgeschäftsführer der Tierschutzpartei, Jan Zobel aus Hamburg, leitete die Versammlung und richtete die herzlichsten Grüße des Bundesvorstandes an die Teilnehmer der Versammlung im Kultur- und Kreativstandort Oranienwerk. In einer kurzen Ansprache unterstrich Zobel die Wichtigkeit der Wahlteilnahmen für die Tierschutzpartei. Er begrüßte außerordentlich, dass der neue Landesvorstand die vordringlichste Aufgabe in der Mitgliedergewinnung und Wahlteilnahme sieht. Zobel bemängelte, dass die Bundespartei jahrelang offensichtlich die Europawahl als wichtigste Wahl erachtet hat – dabei funktionierte Politik genau anders herum. Über die Städte, Kreise und Gemeinden müsse die Partei verankert und bekannt sein, um dann auf Landes- oder Bundesebene erfolgreich sein zu können. Entsprechend positiv war die Resonanz auf die Ankündigung Silvia Dreyer, im Jahre 2019 für die Stadtverordnetenversammlung Oranienburg zu kandidieren und mit dem Landesverband im Herbst 2019 an der Landtagswahl teilzunehmen. Die Spitzenkandidatin, Silvia Dreyer, verwies auf zahlreiche Initiativen der Tierschutzpartei zum Thema Katzenkastration. Dies sei ein wichtiges Thema der Tierfreunde in Brandenburg. Auch die Massentierhaltung, Tierversuche, Jagd, Tierquälerei seien wichtige Themen, die es vor Ort anzupacken gelte.



Landesverband Nordrhein-Westfalen

Vorsitzende: Sandra Lück
Geschäftsstelle:
Tierschutzpartei Landesverband NRW
Sandra Lück, Am Buschkothen 49, 42551 Velbert
E-Mail: sandra-lueck@tierschutzpartei.de

Die Tradition des Schweineschätzens auf dem Meteler Fettmarkt ist Geschichte.

Im vergangenen Jahr wurde unsere Bundes- und Landesvorsitzende NRW von einer jungen Tierschützerin darauf aufmerksam gemacht, dass noch immer auf dem Meteler „Fettmarkt“ im Kreis Steinfurt traditionell ein lebendes Schwein als Hauptpreis eines Wettbewerbs über zwei Tage in einem Käfig ausgestellt wurde.

Ein Oktober-Wochenende lang konnten die Besucher des Rummels gegen den Erwerb von Losen das Gewicht des Tieres schätzen.

Der Sieger erhielt das Schwein schließlich getötet und zerlegt.

Entsetzt über diesen altertümlichen Brauch wandte Sandra Lück sich an den Bürgermeister von Metelen und wies darauf hin, dass es nicht nur ethisch absolut verwerflich sei, in zivilisierten Zeiten, in denen der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz verankert ist, ein bereits zum Tode verurteiltes Schwein zur Belustigung öffentlich zur Schau zu stellen, sie mahnte ebenfalls die tierschutzwidrigen Umstände an, die sich durch Stress und Hitze selbstverständlich ergäben.

Weiter erinnerte sie den Bürgermeister Gregor Krabbe an seine Verantwortung für die Entwicklung der nachfolgenden Generationen und daran, dass es wichtig sei, Kindern und Jugendlichen Respekt vor unseren Mitgeschöpfen vorzuleben.

Ein unverzügliches Ende des Schweineschätzens wurde im Namen der Tierschutzpartei gefordert.

Das Büro des Bürgermeisters teilte mit, Herr Krabbe habe veranlasst, dass die von Sandra Lück vorgetragene Thematik bei dem angesetzten Planungsgespräch mit der Werbegemeinschaft Metelen e.V. als Initiator des „Schweineschätzens“ Anfang 2017 angesprochen werden soll. Der Bürgermeister nehme den Hinweis sehr ernst und würde die Schätzaktion thematisieren. Über das Ergebnis würde die Tierschutzpartei unverzüglich informiert.

Die Werbegemeinschaft Metelen e.V. hatte jedoch in ihrem Planungsgespräch vom 15.03.2017 entschieden, nicht von ihrem „traditionellen Schweineschätzen“ abzurücken.



Wir haben Tierfabriken satt! – Demo zum Wiesenhof-Schlachthof

Landesverband Brandenburg in Aktion. Am 09.09.2017 hat der LV Brandenburg die Demo „Wir haben Tierfabriken satt“ unterstützt. Ca. 1000 Teilnehmer setzten ein deutliches Zeichen gegen die Massentierhaltung und die Akkordschlachtung von Hähnchen.

Wiesenhof möchte 240.000 Hähnchen am Tag schlachten und damit seine Kapazitäten noch verdoppeln. So sollen in Königs Wusterhausen künftig 75 Millionen Tiere im Jahr ihr Ende finden.

Die Behörden haben einen vorzeitig ohne Genehmigung in Betrieb genommen Anbau gestoppt.

Wir müssen weiter Druck machen, damit solche Megaställe nicht gebaut werden.

Tierrechte in die Parlamente!

SILVIA STOFFELS / LANDESVORSTAND BRANDENBURG

Dies war einem Artikel der Westfälischen Nachrichten mit dem provokanten Titel „Jetzt wird die Sau geschlachtet“ zu entnehmen.

Man habe sich mit der Beschwerde und der Bitte unserer Bundesvorsitzenden Sandra Lück, diese Form der Unterhaltung abzuschaffen, auseinandergesetzt, jedoch schien es keine kontroverse Diskussion um das Wohl des Tieres, oder um ethische Aspekte gegeben zu haben.

Vielmehr wurde scheinbar abgewogen, welche rechtlichen Befugnisse der Tierschutz habe, um das Jahrmarktsspektakel gegebenenfalls verbieten zu lassen.

Das Büro des Bürgermeisters Georg Krabbe reagierte auf die Ankündigung Lücks, dass die Tierschutzpartei eine eventuelle Genehmigung der Meteler Behörden zur erneuten Ausstellung eines lebenden Tieres zu Verlosungszwecken auf dem zweitägigen Fettmarkt anwaltlich prüfen und vehement dagegen vorgehen würde mit der Auskunft, dass die Gemeinde die Beratung um die Beschwerde unserer Vorsitzenden noch nicht endgültig abgeschlossen habe, man das Kreisveterinäramt Steinfurt eingeschaltet und um eine Stellungnahme gebeten habe.

Erst nach der Einschätzung dieser Behörde würde die Gemeinde Metelen endgültig entscheiden, ob beim Fettmarkt 2017 im Oktober erneut ein „Schweineschätzen“ durch die Werbegemeinschaft durchgeführt werden dürfe.

Schlussendlich erfuhr die Tierschutzpartei vom Ende der Tradition aus der Zeitung.

„Der Verzicht der Werbegemeinschaft auf ihren etwa seit 30 Jahren währenden Fettmarkt-Beitrag ging laut Vorsitzendem Ingo Wessler zurück auf den Brief einer Tierschutzorganisation,...“ schrieb das Tagblatt im Oktober dieses Jahres.

„Es fällt sicherlich schwer einzugestehen, dass die Tierschutzpartei das Ende des Schweineschätzens eingeleitet hat. Man mag wahrscheinlich nicht zugeben, dass man hier vor einer Kleinpartei in die Knie gehen musste, darum benennt der Vorsitzende uns lieber öffentlich nur als Tierschutzorganisation“ schmunzelte Landesvorsitzende Sandra Lück.

„Dass die armen Schweine nun gegen Forellen ausgetauscht worden sind, verstehen wir natürlich als Provokation, doch zumindest werden keine lebenden Tiere mehr zur Belustigung der Besucher zur Schau gestellt.“

Ein Sieg für die Tierschutzpartei und die Demokratie!

2016 entschied die rot-grüne Landesregierung NRW, eine Sperrklausel für die Kommunalwahlen einzuführen.

Bereits bis Ende der 90er Jahre galt in Nordrhein-Westfalen eine 5%-Hürde, die 1999 vom Landesverfassungsgericht gekippt wurde.

Im vergangenen Jahr entschied sich die Regierung zu einem neuen

Vorstoß, um die lästige Konkurrenz in Form kleiner Parteien mit der erneuten Einführung einer Sperrklausel aus den Räten zu verdrängen.

Diesmal senkte sie vorsorglich die Hürde auf 2,5% und verankerte diese gleichzeitig in der Landesverfassung unter Artikel 78 Abs.1 Satz 3, um eine angebliche Zersplitterung der Kommunalvertretungen zu verhindern.

Zu lange würden Sitzungen aufgrund der hohen Anzahl von Parteien und Einzelvertretern dauern, zu schwerfällig wären Entscheidungsfindungen, die Handlungsfähigkeit sei beeinträchtigt und die Sicherung der Funktionsfähigkeit der Räte sei sogar in hohem Maße gefährdet.



Gegen die Einführung der Sperrklausel reichte der Landesverband NRW der Partei Mensch Umwelt Tierschutz, gemeinsam mit der ÖDP Klage ein.

Insgesamt 8 Parteien und Wählergemeinschaften sahen sich in ihren Grundrechten auf Wahlgleichheit verletzt.

Im Oktober fand die mündliche Verhandlung am Verfassungsgerichtshof in Münster statt.

Bereits in dieser Verhandlung zeichnete sich ab, dass die Verfassungsrichter die Einführung der Sperrklausel kritisch betrachteten.

Die Verteidigung des Landtags konnte weder im Gesetzgebungsverfahren, noch im Organstreitverfahren glaubhaft belegen, dass eine 2,5%-Hürde notwendig sei, um die Funktionsfähigkeit der Kommunalvertretungen aufrecht zu erhalten.

Eine Störung der Arbeitsabläufe konnte nicht nachgewiesen werden.

Auch die willkürliche Änderung der Landesverfassung zu Gunsten der Sperrklausel durch den Gesetzgeber warf bei den Richtern Fragen auf.

Für Dienstag, dem 21.11.2017 lud das hohe Gericht zur Urteilsverkündung ein.

Mit Freude und Erleichterung konnten wir an diesem Tag zur Kenntnis nehmen, dass der Verfassungsgerichtshof den Anträgen der Kläger folgte und die 2,5%-Hürde als verfassungswidrig einstufte.

In der mündlichen Urteilsverkündung führte die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs aus, dass eine Änderung der Verfassung, die den Grundsätzen unter anderem des demokratischen Rechtsstaates im Sinne des Grundgesetzes widersprechen, unzulässig seien.

Zu den zwingenden Vorgaben für die Ausgestaltung der verfassungsmäßigen Ordnung in den Ländern gehöre der Grundsatz der Gleichheit der Wahl.

Die Sperrklausel bewirke eine Ungleichgewichtung der Wählerstimmen.

Das Landesverfassungsgericht hat somit die Landesregierung in ihre Schranken verwiesen und schützt das Land NRW vor weiterem Demokratieabbau.

Ein Sieg für die Tierschutzpartei, für alle Kleinparteien und für den Wähler.

Gestärkt durch diese Entscheidung geht der Landesverband NRW in die Vorbereitung auf die Kommunalwahlen 2020!

Tierschutzpartei NRW erhebt Vorwürfe gegen das Umweltministerium

Vor gut 4 Wochen gab ein Pressesprecher des Umweltministeriums gegenüber der Presse bekannt, dass die Gebietskulissee zur Kunstbaujagd auf Füchse, entgegen des im Jahr 2015 von der rot-grünen Vorgängerregierung eingeführten ökologischen Jagdgesetzes nun wieder auf ganz NRW ausgedehnt wurde.

Man habe festgestellt, dass die Prädatorenbejagung im Kunstbau in einzelnen Gebieten nicht ausreiche, um die Situation des Niederwilds zu verbessern, weshalb der Fuchs im gesamten Landesgebiet – ausgenommen befriedete Bezirke – wieder bejagt werden könne.

Die Landesvorsitzende NRW der Partei Mensch Umwelt Tierschutz - Tierschutzpartei, Sandra Lück, stellte umgehend einen Antrag auf Einsicht in die Sitzungsprotokolle und Gutachten, auf die sich der Entschluss zur Abkehr der Jagdnovellierung stützt.

In einem ersten Antwortschreiben an die Vorsitzende ruderte das Umweltministerium NRW zurück und gab an, der Vogelschutz sei ausschlaggebend für diese Maßnahme.

Innerhalb des Ministeriums sei eine interne Arbeitsgruppe zur Novellierung des Landesjagdgesetzes gegründet worden, der man die Bedenken zur Ausweitung der Gebietskulissee gerne weiterleiten würde.

Auf den Antrag auf Einsicht in die Gutachten und Protokolle ging das Ministerium in seinem Schreiben nicht ein.

Auf den nachdrücklichen Hinweis der Landesvorsitzenden der Tier-

schutzpartei, dass es sich bei ihrer Eingabe nicht um eine Bitte, sondern um einen Antrag nach Informationsfreiheitsgesetz NRW handelt, musste das Ministerium nun schriftlich eingestehen, dass es keinerlei Protokolle oder gar Gutachten zu der aufgestellten Behauptung vorlegen kann.

Die dienstliche Mitteilung der Oberen Jagdbehörde, die Baujagd auf Füchse in den Zuständigkeitsbereichen der unteren Jagdbehörden von Amts wegen für 5 Jahre zu erlauben, stützt sich somit eindeutig nicht auf wissenschaftliche Erkenntnisse.

Die neue Landesregierung schert sich einen Dreck um Tierwohl und Naturschutz. Die Kunstbaujagd auf Füchse ist ein abartiges Treiben und an Perversion kaum zu überbieten.

Eine solch schwerwiegende Entscheidung ohne das Hinzuziehen unabhängiger Gutachten zu fällen, ist nach dem Tierqual-Skandal um Ministerin Christina Schulze Föcking lediglich ein weiterer Beleg dafür, dass CDU und FDP sich ihre Lobbykultur bewahren und der Jägerschaft einen Gefallen tun wollen, indem diese interne Arbeitsgruppe scheinbar lediglich einem Zwecke dienlich ist: Das ökologische Jagdgesetz Schritt für Schritt zu kippen – egal um welchen Preis.

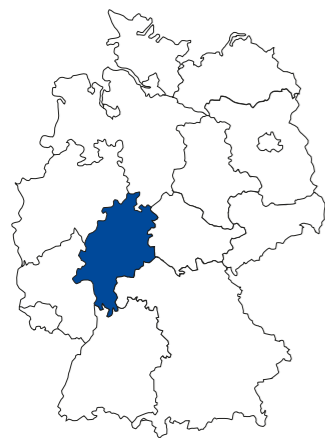
Dem Bürger dabei noch vorzugaukeln, es gäbe Belege dafür, dass die intensivere Prädatorenbejagung in Form der Baujagd notwendig sei, ist an Dreistigkeit kaum zu überbieten und ein Schlag ins Gesicht für Natur- und Tierschutzverbände, die sich tatsächlich intensiv mit dieser Materie beschäftigen und das Gegenteil belegen können.

„Wir werden dieses unglaubliche Vorgehen des Umweltministeriums prüfen lassen!“ so Sandra Lück.

Erst vor wenigen Tagen hat das Ministerium die umstrittene Einführung von Schalldämpfern zur Jagd in NRW bestätigt.

Die Tierschutzpartei befürchtet, dass mit der Abkehr vom ökologischen Jagdgesetz in Kürze auch der Haustierabschuss und Schlagfallen wieder erlaubt sein könnten. Auch dagegen werden wir vorgehen!





Landesverband Hessen

1. Vorsitzende: Claudia Scharnagl
2. Vorsitzende: Dr. Felicia Raßmann
3. Vorsitzender: Marc-Oliver Pohle
Geschäftsstelle: Claudia Scharnagl
Marienbader Str. 6, 61273 Wehrheim
Tel.: 06081 / 409 66 64
E-Mail: claudia-scharnagl@tierschutzpartei.de



Nach der Wahl ist vor der Wahl: der Landesverband Hessen zwischen Bundes- und Landtagswahl

In den ersten Monaten dieses Jahres waren der Landesvorstand und wenige Aktive fleißig mit dem Sammeln und später dem Beglaubigenlassen der 2000 für das Antreten bei der Bundestagswahl benötigten Unterstützungsunterschriften beschäftigt, die dann auch frühzeitig erreicht werden konnten. Dazu trugen nicht zuletzt die vielen Einsendungen per Post, die in der Landesgeschäftsstelle eingingen und der unermüdliche Einsatz des Ehepaars Stolzenberger – das allein 600 Unterschriften sammelte – bei.

In den Wochen vor der Wahl wurden in Hessen circa 1500 unserer Wahlplakate aufgehängt. Es hat den Landesvorstand sehr gefreut, wie viel Hilfe uns dabei angeboten wurde. Dieser Zuspruch setzte sich auch im stark gewachsenen Interesse an der Partei, den steigenden Mitglieder- und vor allem Aktivenzahlen rund um die Wahl fort.

Auch unser Wahlergebnis von einem Prozent in Hessen als stärkste unter den nicht im Bundestag vertretenen Parteien ist erfreulich und macht Mut für die Zukunft.

Der Fokus in der näheren Zukunft wird auf den Vorbereitungen für die circa ein Jahr nach der Bundestagswahl stattfindende hessische Landtagswahl liegen. Anfang November hatten wir auf unserer Mitgliederversammlung die Landesliste aufgestellt, so dass wir jetzt schon mit dem Sammeln der 1000 benötigten Unterstützungsunterschriften beginnen können. Daraufhin werden wir neben dem Unterschriftensammeln die Arbeit an unserem Wahlprogramm in Angriff nehmen, welches wir dann auf einer weiteren Mitgliederversammlung im Frühjahr 2018 beschließen wollen. Durch die erfreulicherweise stark gestiegene Anzahl an Aktiven wird es uns möglich sein, noch wesentlich mehr Aktionen und Veranstaltungen zu organisieren und zu besuchen, mehr Präsenz für unsere Kernthemen und die Partei zu erlangen und im Herbst ein noch besseres Wahlergebnis zu erreichen. Dazu werden wir in den nächsten Wochen auch die Gründung von Regionalgruppen anstoßen, wobei eine nordhessische Regionalgruppe mit Zentrum Kassel hoffentlich den Anfang machen wird.

MARC-OLIVER POHLE

Unterschriftensammeln beim VegRennen in Langenselbold

Am 28.5.2017 fand bei strahlendem Sonnenschein der erste Benefiz-Lauf des vegrennen e.V. rund um den Kinzigsee in Langenselbold statt. Ziel war es, bei dieser vegetarisch/veganen Laufveranstaltung sportbegeisterte Menschen mit einem Herz für Tiere zusammenzubringen und Geld für verschiedene Tier-Hilfsprojekte einzunehmen. Zu zweit waren wir vom Landesvorstand Hessen vor Ort, um die Läufer anzufeuern (die entweder 5,6 km oder 11,2 km in Runden um den See liefen) und natürlich um Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Dank der sehr angenehmen und entspannten Stimmung konnten wir viele nette und interessante Gespräche mit den Helfern, den Zuschauern und den Läufern führen und bekamen insgesamt etwa 60 Unterstützungsunterschriften. Das tolle Wetter trug sein Übriges dazu bei, dass wir den Tag in sehr guter Erinnerung behalten und sicher nächstes Jahr bei einer Fortsetzung dieser erfolgreichen Veranstaltung wieder dabei sein werden.

FELICIA RASSMANN

Der National Animal Rights Day in Frankfurt am Main

Der National Animal Rights Day wurde am 04.06.2017 in verschiedenen Städten auf der ganzen Welt begangen. Zum ersten Mal war mit Frankfurt am Main auch eine deutsche Stadt vertreten. Nach einer Eröffnungszereemonie und einer Mahnwache zur Besinnung auf die Grausamkeiten, die wir Menschen jeden Tag an Tieren verüben, wurde die internationale Deklaration der Tierrechte verlesen und es gab die Möglichkeit, diese zu unterschreiben. Wir hoffen, dass diese Aktion in der Innenstadt von Frankfurt viel Aufmerksamkeit erregt hat und nächstes Jahr in noch größerem Format und eventuell in weiteren deutschen Städten wiederholt werden kann.

FELICIA RASSMANN

LV Hessen hat gewählt – Verstärkung für den Landesvorstand und Landesliste für die Landtagswahl Am 04.11.2017 fand unsere diesjährige Landesmitgliederversammlung in Frankfurt statt.

Nach einem ausführlichen Bericht über unsere vergangenen Aktivitäten wurden einige Positionen im Landesvorstand Hessen nachgewählt bzw. neu besetzt. So sind wir von fünf auf zwölf Mitglieder im Landesvorstand gewachsen.

Die Landesvorsitzende Claudia Scharnagl bekommt Unterstützung von Felicia Raßmann und Marc-Oliver Pohle, die schon einige Zeit aktiv im Landesvorstand mitarbeiten und als Landesvorsitzende gewählt wurden. Die ehemalige stellvertretende Schatzmeisterin Sigrid Wellmann wurde zur Schatzmeisterin gewählt und ihre Vertreterin wurde Anna Schor. Neuer Landesgeschäftsführer ist Stefan Kolodziej und stellvertretende Generalsekretärin wurde Louise Zaske. Als Beisitzer werden zukünftig Yvonne Müller, Saskia Böhm-Fritz sowie Monika und Edgar Stolzenberger tätig sein.

Wir danken allen engagierten Mitgliedern und freuen uns auf die vielversprechende und spannende Zusammenarbeit!

Des Weiteren hat der Landesparteitag beschlossen, dass wir bei der Landtagswahl in Hessen im Herbst 2018 antreten werden. Wir sind stolz eine Landesliste aufgestellt zu haben, die so lang ist wie eine ganze Fußballmannschaft.

Die Kandidaten sind:

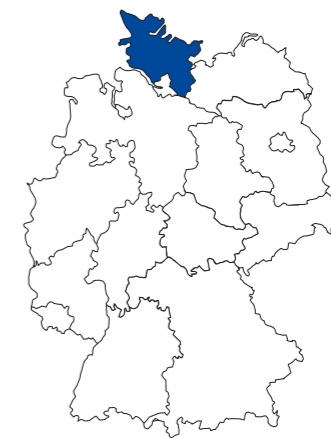
- Claudia Scharnagl
- Dr. Felicia Raßmann
- Marc-Oliver Pohle
- Sigrid Wellmann
- Stefan Kolodziej
- Louise Zaske
- Monika Stolzenberger
- Edgar Stolzenberger
- Yvonne Müller
- Christa Rust
- Sylvia Emmerling



Abschließend wurde noch kurz über das Vorgehen beim Sammeln der Unterstützungsunterschriften – um endgültig auf dem Wahlzettel in Hessen zu landen, müssen 1000 Wahlberechtigte eine Unterstützungsunterschrift für uns abgeben, das Vorgehen bei der Erstellung des Wahlprogrammes, das im nächsten Frühjahr bei der nächsten Mitgliederversammlung verabschiedet werden soll, und die Gründung von Regionalgruppen beraten.

Nachdem der offizielle Teil beendet war, folgten ein gemütliches Beisammensein bei leckeren veganen Speisen und ein interessanter Austausch des neuen Landesvorstandes.

Der LaVo Hessen sagt Danke für alle Mitglieder und interessierten Gäste, die am LPT teilgenommen haben und blickt zuversichtlich auf unsere Zukunft und ein spannendes Wahljahr 2018!

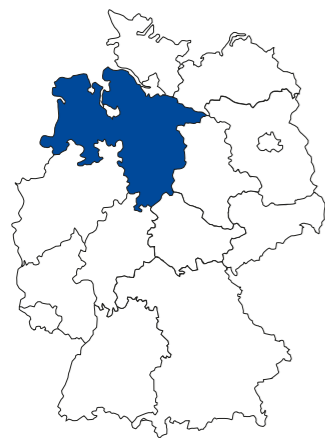


Landesverband Schleswig-Holstein

Vorsitzende: Sabine Richter
Geschäftsstelle:
Sabine Richter
Barger Weg 26, 23611 Bad Schwartau
Telefon: 0451 23334
E-Mail: sabine1957.richter@t-online.de

Monatliches Stammtischtreffen

Ende Juli trafen sich einige aktive Mitglieder unseres Landesverbandes, um sich über Strategien bezüglich der weiteren Vorgehensweise im Parteirahmen auszutauschen. Unter anderem beschlossen sie, zukünftig ein regelmäßiges Stammtischtreffen abzuhalten, bei denen Aufgaben an die Mitglieder delegiert werden, die sie einzeln oder in Kleingruppen bearbeiten sollen. Anfang Oktober hatten wir dann unser zweites Treffen, auf dem wir die im Protokoll des ersten Treffens festgelegten Aufgaben in Hinsicht auf Erledigung abklopfen und wiederum neue festlegten. Zudem verständigten wir uns darauf, den Stammtisch zukünftig im monatlichen Rhythmus abzuhalten. Um die Zusammenkunft für uns, die auf alle Himmelsrichtungen Schleswig-Holsteins verteilt wohnen, zentral zu gestalten, wählten wir als Ort die Stadt Neumünster. Als Lokal haben wir ein kroatisches Restaurant, nur 100 Meter vom Bahnhof entfernt, gefunden, in dem wir nicht nur „schnacken“, sondern auch (vegan) „snacken“ können. Obwohl uns klar ist, dass die regelmäßige Anwesenheit aller aktiven Mitglieder kaum möglich sein wird, sind wir doch guter Hoffnung, stets mindestens sechs der unsrigen zählen zu können; so auch zum nächsten Stammtischtreffen, zu dem übrigens auch Mitglieder aus allen anderen Landesverbänden herzlich willkommen sind. Den Termin bitte bei Olaf Zeuch erfragen.



Landesverband Niedersachsen

Vorsitzende: Lena Zebbedies und
Susanne Berghoff
Geschäftsstelle: Susanne Berghoff
Schützenstr. 18, 27624 Geestland-Großenhain
Telefon: 04765/4443756
Telefax: 04765/4443758
E-Mail: susanne-berghoff@tierschutzpartei.de

Stellungnahme zum Thema Wolf in Niedersachsen Unsere Landesvorsitzende von Niedersachsen zum Thema Wolf:

Nachdem mich eine E-Mail erreichte, in der ein Wähler mich fragte: „Wie stehen Sie zum Thema Wolf, insbesondere im Hinblick auf wirtschaftliche Interessen“, habe ich ihm folgendes geantwortet:

Kaum ein Thema wurde in Niedersachsen in den letzten Wochen und Monaten mehr polarisiert, als das Thema „Der böse Wolf“. Es wird in erster Linie Angst unter der Bevölkerung geschürt. Es wird von „Problemwölfen“ gesprochen. Es werden Gerüchte gestreut, der Wolf greife Menschen etc.

Sie möchten von mir wissen, wie ich zum Thema Wolf, insbesondere, was wirtschaftliche Interessen angeht, stehe. Hier nun mal ein paar kleine wirtschaftliche Details, Nutztiere betreffend:

Ich habe im Moment keine aktuellen Zahlen vorliegen, wie viele Nutztiere bisher in Niedersachsen dem Wolf zum Opfer gefallen sind. Wäre auch müßig, denn vergleichen wir die Risszahlen des Wolfes, mit der 10 % Sterblichkeit von 5,8 Millionen Nutztieren jährlich, die von den Landwirten im Vorfeld einkalkuliert werden – 5,8 Millionen Geflügel, Schweine, Rinder, Kälber, die gar nicht erst im Schlachthof getötet werden, sondern schon im Vorfeld durch schlechte Haltung, Transport, Infektionen unterlassener Hilfeleistung usw. bei den Bauern sterben – müssen auch Sie zugeben, dass wir den Wolfsriss bei diesen Zahlen vernachlässigen können, oder?

Wo sind da die wirtschaftlichen Interessen der Landwirte? Eines wird Ihnen von der Jägerschaft und den Landwirten nicht erzählt,

nämlich der Nutzen des Wolfes.

Die Diskussion um den Wolf findet immer noch sehr einseitig statt. Vor allem im Hinblick auf seine Kosten. Meist ausgeklammert werden die Effekte, die ein Großraubtier in einer hochindustriellen Landwirtschaft haben könnte, die längst mit ganz anderen Problemen zu kämpfen hat, als dem Wolf. Schon seit Jahren kämpfen Bauern und Jäger nahezu machtlos gegen die steigende Wildschweinplage in Mais und Getreideschlägen an. Der Wolf kann hier vieles unentgeltlich erledigen und sich damit quasi selbst finanzieren ohne kostspielige Drückjagden. Experten beziffern den Schaden, den Wildschweine auf deutschen Feldern anrichten, mit 17 Mio. Euro pro Jahr. Dagegen stehen 100.000 Euro, die als Schadenersatz nach Wolfsattacken auf Nutztiere gezahlt werden müssen.“

Diese steigenden Wildschweinplagen sind hausgemacht, auch das wird Ihnen als Information vorenthalten. Durch diese Drückjagden werden Familienverbände auseinander geschossen. Ferner werden selbstverständlich diese Tiere genauso wie Rehwild im Winter ordentlich zugefüttert.

Der Wolf würde nicht in den Familienverband eindringen, sondern kranke und schwache Jungtiere reißen und somit eine gesunde natürliche Population sowohl bei Schwarzwild als auch bei Damm- und Rehwild fördern.

So, was wollen wir machen? Die PARTEI MENSCH UMWELT TIER-SCHUTZ wird sich dafür einsetzen, dass die Jagd so wie sie heute praktiziert wird, als Hobby und Freizeitvergnügen verboten wird. Sie wird sich dafür einsetzen, dass das Jagdrecht wieder von staatlichen, gut geschulten Rangern und Förstern ausgeübt wird.

Nicht wie es heute praktiziert wird, teils von 16-jährigen – denn ab dann darf der Jagdschein gemacht werden – unerfahrenen Kindern und alten Menschen, denen es sehr oft passiert, das nicht ordnungsgemäß getroffen wird oder gar ein Pferd oder ein Esel mit einem Hirsch verwechselt wird, was in der Vergangenheit leider auch stetig zugenommen hat. Von den Jägern, die sich bei Jagden gegenseitig oder selbst töten, ganz zu schweigen.

Ferner werden wir uns dafür einsetzen, dass Landwirte und auch Hobbyhalter von Nutztieren, die bereit sind, ihre Tiere durch Herdenschutzhund zu sichern, noch besser unterstützt und ausgebildet werden. Man kann leider nicht alles mit Geld regeln. Der Mensch muss auch bereit sein, sich weiterzuentwickeln und umzudenken, sich endlich als Teil der Umwelt und der Natur sehen und nicht als alleiniger Herrscher.

SUSANNE BERGHOFF, VORSITZENDE DES LV NIEDERSACHSEN

f

Jetzt Fan werden!

www.facebook.com/ParteiMenschUmweltTierschutz



Landesverband Sachsen

Vorsitzender: Mario Förster
Geschäftsstelle: Mario Förster
Am Teich 2
01561 Lambertswalde / OT Mühlbach
E-Mail: sachsen@tierschutzpartei.de



Grund zur Freude in Sachsen bei Bundestagswahl: Spitzenwert 1,8 % in Leipzig

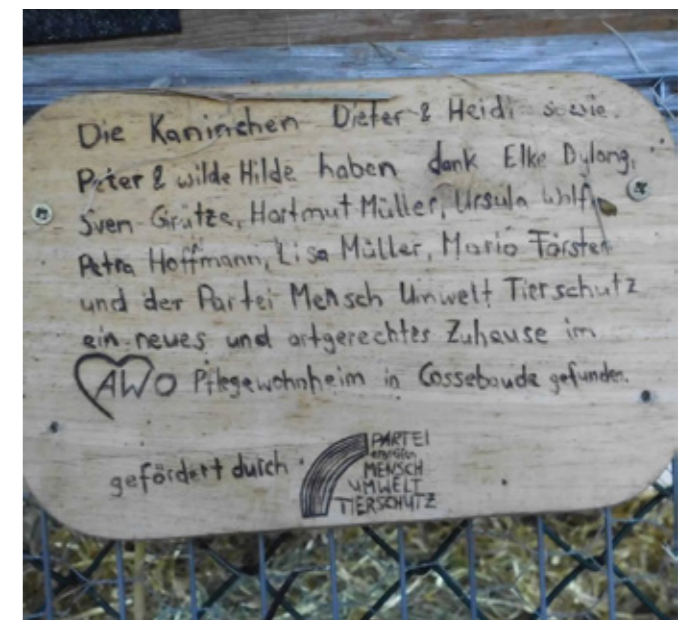
Wir können recht zufrieden sein und auch ein wenig stolz, weil unsere Partei hier in Sachsen mit 1,4 Prozent ganz gut abgeschnitten hat. Wenn man einmal bedenkt, dass der Wahlkampf ganz im Zeichen pro/contra AfD stand, haben wir sogar im Vergleich zu den alten Bundesländern ein respektables Ergebnis eingefahren. So wie mit dem Wahlkreis „Leipzig 1“ mit dem Spitzenwert von 1,8 Prozent, so sind wir auch im Vogtland mit dem Ergebnis zufrieden: 1,6 % gar in Plauen. Wir hatten eine schwierige Ausgangslage, Menschen für das so wahrgenommene „Nebenthema“ Tierrechte zu bewegen. Wir können und wollen aber hiermit allen Sachsen danken, die für die Tierschutzpartei, und damit für „Tierrechte in die Parlamente“ gestimmt haben! Das Ergebnis macht uns MUT, bei den nächsten Wahlen noch optimistischer und tatkräftiger ans Werk zu gehen.

JÜRGEN WUNDERLICH / SCHATZMEISTER DES LV SACHSEN

AWO Dresden wird unterstützt durch Tierschutzpartei

Im Oktober gab es wieder neues Stroh für die Ziegen Gerd und Kunigunde sowie für die Kaninchen Dieter und Heidi. Wir berichteten

auf unserer Facebookseite am 28. Oktober 2017.

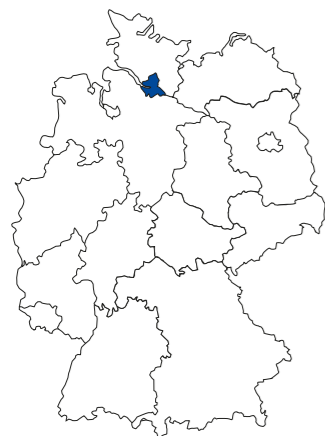


Das Projekt der AWO Dresden wird unterstützt durch die Ortsgruppe Dresden der Tierschutzpartei. Alle vier Tiere kamen aus schlechter Haltung und dürfen nun ihren „Lebensabend“ in Ruhe verbringen und bereiten den Heimbewohnern viel Freude. MARIO FÖRSTER

Sachspende für Rumänien

Im Oktober konnte unser Landesverband einen Hilfstransport nach Rumänien mit Spenden unterstützen. Wir berichteten auf unserer Facebookseite am 5. Oktober 2017.

Marion, Helmut und Gerhard legten auf dem Weg nach Tamaseu (Rumänien) einen Zwischenstopp bei unserem Landesvorsitzenden, Mario Förster, in Lampertswalde ein. Dann konnten die von unseren Mitgliedern und Tierfreunden gesammelten Spenden eingeladen werden. Futter und Decken für die Hunde im Shelter, Handschuhe und Mützen für die Kinder im Internat von Tamaseu. Bestimmt werden in absehbarer Zeit wieder Mitglieder unseres Landesverbandes an Auslandseinsätzen teilnehmen. Wir wünschen Marion, Helmut und Gerhard eine Unfall - u. pannenfreie Fahrt!



Landesverband Hamburg

Der Landesverband Hamburg wird derzeit kommissarisch vom Bundespräsidium geleitet.

Welttierschutztag: Tierschutzpartei fordert Einführung einer Tierschutzpolizei

Tierschutzpolizei – Bald im Einsatz für die Stimmlosen?!

Anlässlich des Welttierschutztages forderte die Tierschutzpartei Hamburg die nächste Bundesregierung auf, endlich per Gesetz Vorgaben für den effektiven Schutz von Tieren zu schaffen.

Immer wieder machen Fälle von Tierquälerei, misshandelten Tieren in Eigenheimen (Stichwort Animal-Hoarding, etc.), Zoos und Zirkussen sowie miserable Zustände in der sogenannten "Nutztierhaltung*" (Tiertransporte etc.) Schlagzeilen.

Die Tierschutzpartei fordert die Einführung einer Tierschutzpolizei nach niederländischem Vorbild. Im Jahr 2011 nahmen in den Niederlanden die ersten sogenannten Tierpolizistinnen ihre Arbeit auf, um gegen Tierquälerei vorzugehen und Tierverschmählung wirksamer und gezielter zu begegnen. Es sollen neben Haustieren, auch Wildtiere und sogenannte Nutztiere* wirksamer geschützt werden. Es gibt in den Niederlanden bereits eine spezielle Notrufnummer für Hinweise auf Tiere in Not.

Die Tierschutzpolizistinnen sollen von der regulären Polizei trainiert werden und über mehrere Monate in einer Ausbildung auf Tierschutzrecht und wie man es durchsetzt geschult werden. Nach der Vorstellung des Hamburger Landesverbandes der Tierschutzpartei soll es bis 2022 in der Hansestadt bereits 150 Tierschutzpolizistinnen geben. Diese Tierschutzpolizistinnen führen dann auch andere Polizeiaufgaben durch, erhalten jedoch eine fachliche Spezialausbildung (theoretisch und praktisch) sowie besondere Befugnisse.

Zum Trainingsinhalt der Tierschutzpolizistinnen soll gehören (unter anderem):

- Rechtsvorschriften über Tierquälerei / Tierschutzgesetz
- Aufdeckung bzw. Verhinderung von Tierqual
- Ermittlung von illegalen Qualzuchten (Kofferraum-Verkäufe)
- Aufdeckung und Zerschlagung vom Online Handel mit Tieren (Kleinanzeigen etc.)
- Erkennen von Leiden, Schmerzen und Verwahrlosung bei Tieren
- Erste Hilfe am Tier
- Durchführung von Tiertransportkontrollen und Schlachthauskontrollen

- Beschlagnehmung der Tiere
- Unterstützung der Fischereiaufsicht und Bekämpfung der Wilderei
- Verfahren für die Berichterstattung über Tierquälerei (z.B. Erstellung der Berichte, Dokumentation und Presse/Öffentlichkeitsarbeit).

114, rettet das Tier!

Die Tierschutzpartei verlangt die Einführung einer bundesweit einheitlichen Notrufnummer. Eignen würde sich die bislang ungenutzte Telefonnummer 114. Unter dem Slogan "114, rettet das Tier" soll auf allen Polizeiwachen, Streifenwagen, in den Medien, an Schulen und an anderen Öffentlichen Einrichtungen für diesen neuen Notruf geworben werden.

Parallel zur Einführung der Tierschutzpolizei fordert die Tierschutzpartei eine deutlich härtere Bestrafung von Straftätern, die wegen Tiermisshandlung verurteilt wurden. Straftaten gegen Tiere dürfen keinesfalls weiter wie Sachbeschädigungen behandelt werden.

Nach Vorstellung der Tierschutzpartei soll ein eigener Paragraf im Grundgesetz Klarheit und Rechtssicherheit schaffen. Im Wahlprogramm der Partei heißt es dazu:

"Wir streben einen eigenen Tierschutzartikel im Grundgesetz (Art. 20b) an, der einen Paradigmen,- und Bewusstseinswechsel in der Gemeinschaft beinhaltet. Die kommerzielle, wie private Unterwerfung, Ausbeutung und Nutzung jedes Tieres ist abzuschaffen.

Formulierung:

„Tiere besitzen, ebenfalls wie Menschen unveräußerliche Grundrechte, wie das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, die nur in Fällen konkreter Notwehr angetastet werden dürfen. Tiere werden als unsere Mitgeschöpfe, um ihrer selbst willen geachtet, geschützt und vor Leid bewahrt. Der Staat ist sich seiner Verantwortung gegenüber Tieren bewusst: Er ist verpflichtet, die elementaren Rechte auf artgerechtes Leben und Wohlergehen, sowie die Würde der Tiere zu schützen, sowie Gesetze zu schaffen, die die o.g. Rechte des Tieres in Bundes,- und Landesebene sichern und umsetzen und deren Einhaltung kontrollieren.“

Die Einführung einer Tierschutzpolizei soll natürlich in erster Linie dem Schutz von Tieren dienen – aber nicht ausschließlich. Studien haben nämlich gezeigt, dass Menschen, die Straftaten und Ordnungswidrigkeiten gegen Tiere begehen, dazu neigen, auch Verbrechen an Menschen zu verüben, die Hemmschwelle zur Gewalt gegen Menschen ist für diese Täter oft sehr niedrig.

Die Forderung nach der Einführung einer Tierschutzpolizei wird eine zentrale Rolle für die Tierschutzpartei Hamburg in den kommenden Monaten spielen. "Spätestens zur Bürgerschaftswahl 2020 wird dieses Thema auch großflächig auf die politische Tagesordnung gesetzt und durch diverse Kampagnen publik gemacht werden." so Jan Zobel.

*Nutztiere: Die Tierschutzpartei lehnt die Verwendung des Begriffes "Nutztiere" ab.



Landesverband Bayern

Vorsitzender: Horst Wester und Helmut Wolff
Geschäftsstelle: Horst Wester
Hesselbergstraße 13, 91725 Ehingen
Telefon: 0 98 35 17 59
Telefax: 0 98 35 9 77 96 64
E-Mail: horst-wester@tierschutzpartei.de

Bayern hat gewählt

An dieser Stelle wollen wir uns zuerst einmal bei allen bedanken, die uns ihr Vertrauen und ihre Stimme gegeben haben, die uns in den letzten Tagen, Wochen, Monaten so unermüdlich unterstützt und damit immer wieder motiviert haben. DANKE! Ihr seid alle großartig und ohne euch hätten wir niemals dieses Ergebnis auf Bundes- und besonders auf Landesebene eingefahren. Trotz der schwierigen Situation haben wir erneut deutlich zugelegt, in allen sieben Regierungsbezirken zwischen 35 % und 50 %. Noch nie in unserer 24-jährigen Geschichte war der Zuspruch so hoch; das spiegelt sich auch in den steigenden Mitgliederzahlen wider (> 10 % in den letzten Wochen). Jetzt heißt es ein wenig „durchschnaufen“, die Kräfte sammeln um erneut „anzugreifen“, denn bekanntlich ist nach der Wahl vor der Wahl und wir in Bayern stehen im nächsten Jahr mit der Landtagswahl vor einer großen Herausforderung. Die Hürde, um teilzunehmen ist unglaublich hoch: mehr als 8.300 Unterstützungsunterschriften werden gebraucht, um in allen Regierungsbezirken antreten zu dürfen. Auch wenn wir zur Bundestagswahl etwas mehr erhofft hatten, so ziehen wir doch aus den positiven Ergebnissen und dem Stimmenzuwachs viel Motivation, um uns noch mehr anzustrengen, um noch mehr Menschen zu erreichen für Mensch, Umwelt und besonders für die Tiere. Wir werden weiterkämpfen und sind für das Ergebnis sehr dankbar, aber mit dem Status Quo nicht zufrieden. Wir müssen noch „besser“ werden; es muss deutlich werden, dass wir eine ernstzunehmende Alternative sind. DANKE an alle, die dieses Ergebnis möglich gemacht haben, die uns weiterhin unterstützen und dazu beitragen, dass wir den Stimmlosen eine machtvolle Stimme geben können. TIERRECHTE IN DIE PARLAMENTE ... YES WE CAN!

AUTOR: HELMUT WOLF

Mahnwachen vor den Schlachthöfen in Erlangen und Bamberg

Erneut haben wir im Rahmen der Aktionstage „Ein Licht der Hoffnung“ der unzähligen, unschuldigen Opfer an diesen schrecklichen Orten gedacht. Wir können leider nichts mehr für sie tun und wohl den tausenden, die folgen werden, auch nicht. Wir können aber wenigstens ihrer gedenken und deutlich machen, dass wir mit dem, was hier geschieht nicht einverstanden sind. Hört endlich auf, unsere Freunde zu quälen, zu töten und zu essen.

AUTOR: HELMUT WOLFF



Regionalgruppe München, teilweise mit Unterstützung aus Mainfranken und Niederbayern mit Infostand und süßen Leckereien auf der Wiesen Vegan, München/Marienplatz am 30. September 2017 und auf der Veggie World am 7. Oktober 2017

BILD: HELMUT WOLFF

Kundgebungen gegen die Genehmigung von Tierversuchen

Am 7.Oktober 2017 fand an der Nordklinik Nürnberg auf dem Platz vor der Lorenzkirche in Nürnberg eine tolle Aktion mit großer Unterstützung vor der Lorenzkirche in Nürnberg gegen die Genehmigung von Tierversuchen durch die Nordklinik statt. Tausend Dank an alle, die gekommen sind und an alle, die an der Silent Line / dem Silent Triangle von ÄgT AG Bamberg mitgemacht haben! Insgesamt eine sehr beeindruckende Veranstaltung, vor allem auch, weil „wir“ alle zusammengepackt sind für das gemeinsame Ziel. Tierversuche müssen gestoppt und durch tierleidfreie, alternative Methoden ersetzt werden! Nur ZUSAMMEN sind wir STARK! Am Samstag, 21.10.2017 fand zudem eine Mahnwache vor dem Nordklinikum in Nürnberg gegen die Wiederaufnahme von Tierversuchen durch die Paracelsus-Privatuniversität statt. Die beeindruckende Beteiligung von über 70 Menschen macht Hoffnung. Wir waren nicht zu übersehen und wir werden weiterhin alles versuchen, um die Verantwortlichen zum Einlenken zu bewegen. Erfreulich ist auch, dass die Nürnberger Presse das Thema nicht nur aufgegriffen hat, sondern weiterhin verfolgt und begleitet. Forschung JA, aber OHNE Tierversuche!

AUTOR: HELMUT WOLFF

8. Oktober: Infostand von unserem Bundesarbeitskreis Stadtauben auf dem Tierheimfest in Erlangen

Es hat sich wieder gezeigt, dass viele Menschen einfach noch viel zu wenig über Wild-/Zier-/Brief- und eben den Stadtauben wissen. Aufklärungsarbeit ist so unglaublich wichtig, um den Desinformationen der Taubenabwehrfirmen zu begegnen. Ebenso ergibt sich ein ganz anderes Bild, wenn man Ursachen und deren Wirkungen erklärt und vor allem eine nachvollziehbare, funktionierende Lösung anbieten kann. Meist sind die Leute schon im Gespräch selbst darauf gekommen und fanden es mehr als sinnvoll, den Tieren doch das wiederzugeben, was ihnen einst genommen wurde: ein Dach über den Kopf, in dem sie zuhause sind. Das Augsburger Modell mit Fütterung und Geleageaustausch ist die einzige, nachhaltige und tierleidfreie Methode um die sog. Stadtaubenproblematik zu lösen. Das Modell bietet nur Vorteile, für uns Menschen und besonders für die Tauben ... und es rechnet sich, wenn man bedenkt, wieviel Geld für unsinnige und gefährliche Vergrämungen in die Hand genommen wird, ganz abgesehen von den horrenden Reinigungskosten. Vergrämung löst keine Probleme, sondern schafft neue, verlagert sie nur und ist verbunden mit weiterem Leid für die Tiere.

Offener Brief zur ZDF-Dokumentation „Geheimsache Tiertransporte“

Sehr geehrte Damen und Herren,
Jährlich werden weltweit rund 50 Milliarden Tiere lebend transportiert, oft über Tausende von Kilometern. Die Tiere sind hierbei, wie erst vor kurzem in der ZDF-Dokumentation „Geheimsache Tiertransporte“ am 21.11.2017 gezeigt, unvorstellbaren Qualen ausgesetzt:

- Die Beladungsdichte der Transporter ist zu hoch, die Tiere stehen so eng beieinander, dass es ihnen nicht möglich ist, sich hinzulegen
- Die Transportzeiten sind nicht begrenzt, d.h., sie müssen Tage und Wochen in den voll besetzten Transportern ausharren
- Durch die Enge in den Transportern verletzen sie sich und andere
- Die Tiere müssen in ihren Exkrementen stehen
- Die Tiere werden nicht, oder nur unzureichend, mit Wasser versorgt
- Die Tiere werden in den Transportern nicht vor Sonne und Kälte geschützt

Überleben die Tiere diese Strapazen, geht die Qual am Zielort, der Ort, an dem sie getötet und verarbeitet werden sollen, noch weiter:

- Die Tiere werden geschlagen
- Oft werden ihnen die Augen ausgestochen und die Sehnen durchtrennt, um sie bewegungsunfähig zu machen
- Wenn sie nicht selbst gehen können, werden

sie an einem Bein per Kran ausgeladen, welches unter der Belastung bricht

- Die Tiere werden letztendlich ohne Betäubung grausam getötet.

Dies ist absolut nicht mit unseren ethischen Grundsätzen vereinbar. Es ist nicht hinnehmbar, dass zum Thema Tierschutz bis heute keine EU-Verordnungen erlassen wurden.

Wir erinnern und bekräftigen daher unsere Forderung – den Export von sogenannten Schlachttieren umgehend zu verbieten.

a) Bundeskanzlerin Angela Merkel: Bitte sorgen Sie umgehend dafür, dass Tieren aus Deutschland diesem schrecklichen Schicksal nicht mehr ausgeliefert werden. Eine deutliche Mehrheit der Deutschen lehnt diesen Umgang mit Tieren ab.

b) Die zuständigen Stellen der EU: Bitte erlassen Sie umgehend Verordnungen, damit Tieren aus der EU dieses furchtbare Schicksal erspart bleibt.

c) An den Bauernverband: Bitte zeigen Sie Herz für die Tiere Ihrer Mitglieder und erlassen Sie mit verpflichtenden Statuten, dass keine lebenden Tiere mehr zum Export freigegeben werden.

Seit Jahren protestieren wir, die Partei Mensch Umwelt Tierschutz, gegen Transporte von lebendigen Tieren. Tiere sind empfindsame Lebewesen und es ist erschreckend, dass sich im Umgang mit ihnen seit Jahrzehnten nichts verändert hat.

Wir appellieren an Ihre Menschlichkeit und ihr Mitgefühl, unsere Forderung nun endlich in die Tat umzusetzen.

SONIA-ELLEN HÖSL

Horst Wester engagiert auf Landesebene

Nachdem sich Horst Wester seit Anfang des Jahres von allen Parteiämtern zurückgezogen hat, erreichte uns am 08.10. die bedauerliche Nachricht, dass er mit sofortiger Wirkung von seinem Amt als Bundesvorsitzender zurücktritt.

Aus persönlichen und gesundheitlichen Gründen sah sich unser Kollege gezwungen, diesen Schritt zu gehen. Glücklicherweise bleibt er uns jedoch auf Landesvorstandsebene in Bayern erhalten.

Horst war als Bundesvorsitzender „Leitwolf“, Freund und „Zugpferd“. Er hat vielen von uns bei schwierigen Aufgaben Mut gemacht, hat in vielen unterschiedlichen Bereichen Kompetenzen, hatte immer ein offenes Ohr und wird uns auf Bundesebene sehr fehlen.



Wir möchten ihm auf diesem Wege DANKE sagen. Über vier Jahre hat er unsere Partei als Bundesvorsitzender vorangetrieben, unterstützt und erfolgreich durch so manch unwegsames „Gelände“ geführt.

Wir wünschen ihm und seiner Familie alles erdenklich Liebe und Gute für die Zukunft.

PATRICIA KOPIETZ

VW und Mercedes-Benz:

Komplizen der Militärdiktaturen in Süd-Amerika?

Welche Verantwortung tragen VW do Brasil und Mercedes Benz Argentina – und deren Mutterkonzerne in Deutschland – für die Verhaftungen und Folterungen von Gewerkschaftern während der Militärdiktaturen in Brasilien und Argentinien?

Wäre die Mitwirkung von VW- und Mercedes-Managern an der Verhaftung als Beihilfe zur Folter zu werten? Folter und damit die Verbrechen gegen Bellentani verjähren nicht. In Brasilien ermittelt seit 2015 die Staatsanwaltschaft; in Argentinien läuft seit Jahren ein schleppendes Verfahren gegen Mercedes-Benz-Mitarbeiter. Was fordern die Überlebenden heute von den deutschen Konzernen? Gibt es in Deutschland rechtliche Mittel und Wege, aufgrund ihrer Beteiligung an den Diktaturverbrechen gegen VW und Mercedes-Benz vorzugehen?

Vor Ort war auch Lúcio Bellentani. Er arbeitete zwischen 1964 und 1972 bei Volkswagen do Brasil als Werkzeugmacher. Im Juli 1972 verhafteten ihn Geheimpolizisten an seinem Arbeitsplatz im VW-Werk in São Bernardo do Campo – unter den Augen des VW-Werkschutzes. Er



wurde ins Folterzentrum DOPS verschleppt. Laut Bellentani war der Chef des VW-Werkschutzes aktiv an seiner Verhaftung beteiligt: Der VW-Mitarbeiter soll ihm bei der Verhaftung eine Waffe an den Rücken gehalten haben.

Das Fazit von Martin Buschmann (stellv. Generalsekretär und Leiters des BAK International): „Bevor wir andere Staaten bzgl. der Menschenrechte anklagen, sollten wir dringend vor der eigenen Tür kehren und unsere Konzerne in die Pflicht nehmen! Es kann ja nicht sein, dass sich deutsche Firmen mit Militärdiktaturen verbünden, um Profite zu machen. Wenn Wirtschaft nicht mit ethischen Grundsätzen geführt wird, läuft etwas falsch.“

MARTIN BUSCHMANN





Vanillekipferl

Für den Teig:

210 g Weizenmehl Typ 405
120 g Mandeln, blanchiert und gemahlen
100 g Rohrohrzucker, fein
2 Pck. Vanillinzucker
150 g vegane Butter oder Margarine, zimmerwarm
3 EL Hafercuisine oder eine andere Pflanzensahne
Puderzucker zum Bestäuben

Zubereitung:

Ergibt ca. 60 Stück

Den Backofen auf 180 °C Ober- und Unterhitze vorheizen. Mehl, Mandeln, Zucker und Vanillinzucker in einer Rührschüssel mischen. Eine kleine Kühle formen und die Sahne sowie die Butter in Flöckchen zugeben. Mit einer Gabel den Teig mischen, bis sich eine feste und homogene Kugel formen lässt. Den Teig in eine Klarsichtfolie wickeln und über Nacht oder mindestens eine Stunde kaltstellen.

Den Teig in 3 Teile schneiden und die restlichen zurück in den Kühlschrank.

Den Teig zu einer 2,5 cm dicken Rolle formen und ca. 1 cm breite Stücke abschneiden.

Das Stückchen Teig zu einer Rolle mit spitzen Enden formen und zu einem Mond legen. Die Kipferl der Reihe nach auf ein mit Backpapier ausgelegtes Backblech legen und Blech für ca. 10 Minuten backen.

Die Kipferl noch heiß mit Puderzucker bestäuben, am besten in einer Metalldose lagern und innerhalb von 2-3 Wochen verzehren.

CHRISTA EBNER

Veganer Weihnachtsstollen

Wie soll ein Stollen schmecken, ein veganer Weihnachtsstollen, der so ganz ohne Butter, Butterschmalz und Milch zubereitet wird? Geht das überhaupt? Haben Sie sich soeben auch diese Frage gestellt? Nun denn, lüften wir das geschmackliche Geheimnis mit dem Testergebnis meiner Familie. Beispielsweise mein Vater: „Der Stollen schmeckt fantastisch und hält einen Vergleich mit dem herkömmlichen Stollen durchaus stand!“

Ich schließe mich als verwöhnte Weihnachtsstollen-Genießerin mit gutem Gewissen seiner Meinung an. Der Stollen ist einfach super!

Zutaten:

500 g Mehl, Type 1050
1 Päckchen Trockenhefe
100 g Rohrohrzucker, je 2 Messerspitzen Salz,
Kardamom, Muskatblüte
1 Teel. abgerieb. Zitronenschale/ungespritzt
200 g weiche Margarine
150 ml warmer Sojadrink
150 g Sultaninen, 75 g Korinthen
50 g Zitronat
100 g gehackte Mandeln

Zubereitung: Die Zutaten gründlich verkneten und in einer zugedeckten Schüssel an einem warmen Ort aufgehen lassen, bis sich die Teigmasse verdoppelt hat. Dann die Trockenfrüchte und die Mandeln unterkneten. Einen Stollen formen, auf ein gefettetes Backblech legen, im Ofen bei 50° C noch einmal gehen lassen. Bei 180° C ca. 60 Minuten backen. Den Stollen sofort nach dem Backen mit zerlassener Margarine bestreichen und mit Puderzucker bestäuben. Wichtig: Ein Hefeteig gelingt nur, wenn alle Zutaten nicht zu kalt sind, also Raumtemperatur haben.

SABINE JEDZIG



Fruchttige Johannisbeerlebkuchen

Für den Teig:

80 g Dinkelvollkornmehl
100 g blanchierte und gemahlene Mandeln
150 g gemischte und gemahlene Nüsse
250 g Marzipanrohmasse
180 g Rohrohrzucker
1 Pck. Bourbon-Vanillinzucker
1/2 TL Backpulver
4 EL dunkle Johannisbeermarmelade
60 ml Wasser
50 Backoblaten mit 5 cm

Zur Deko z.B. 200 g Zartbitterkuvertüre, bunte Zuckerstreusel

Zubereitung:

Den Backofen auf 180 °C Umluft vorheizen.

Mehl, Mandeln und Nüsse in eine Rührschüssel geben, die Marzipanrohmasse mit den Händen bröseln. Zucker, Backpulver, Marmelade und Wasser zugeben und mit dem Knethaken zu einem Teig verarbeiten. Es dürfen noch kleine Marzipanstückchen zu sehen sein.

Jeweils 1 TL Teig auf eine Backoblate geben und mit feuchten Fingern andrücken. Die Lebkuchen 12-15 Minuten backen, dabei öfter in den Ofen sehen, damit nichts anbrennt.

Die Lebkuchen über Nacht auskühlen lassen. Anschließend die Kuvertüre im Wasserbad erwärmen und die Lebkuchen damit bestreichen. Wer mag kann sie bunt verzieren, z.B. mit Zuckerstreuseln.

Tipp:

Teig in 4 gleiche Rollen teilen und aus jeder Rolle 12 Teile als Kugeln formen.

Sollte der Teig noch zu feucht sein, etwas Mehl hinzufügen.

CHRISTA EBNER



Elisenlebkuchen

Für den Teig:

6 MyEi Eiweißersatz
350 g Zucker
120 g Marzipanrohmasse
60 g Orangenat
60 g Zitronat
150 g Haselnüsse gemahlen
150 g Mandeln gemahlen
90 g Mehl
15 g Lebkuchengewürz
7,5 g Hirschhornsalz (2 gestrichene TL)
Dunkle Kuvertüre und Mandeln nach Belieben

Zubereitung:

Ergibt ca. 20 Stück

Eiweißersatz und Zucker schlägt man gut steif. Die restlichen Zutaten rührt man mit dem Knethaken glatt und gibt langsam das geschlagene Eiweiß dazu.

Alles gut durcharbeiten. Jeweils 60 g Masse abwiegen und bergförmig auf Oblaten mit 10 cm Durchmesser streichen, dabei zum Rand hin mit dem Finger abflachen.

Die Hälfte der Lebkuchen kann man mit 3-5 halbierten Mandeln belegen, dann lässt man alle Lebkuchen über Nacht in der Küche trocknen.

Am nächsten Tag backt man sie bei 165 °C 12-15 Minuten lang. Anschließend überzieht man sie mit Zuckerglasur (Puderzucker mit Wasser), wenn sie noch heiß sind.

Die unbelegten Lebkuchen werden nach dem vollständigen Abkühlen mit dunkler Kuvertüre bestrichen.

Alternative:

Statt auf Oblaten kann die Masse auch auf einem ca. 20x30 cm großen Blech verteilt, bei 165° ca. 40 Minuten lang gebacken und anschließend in Würfel geschnitten werden.

CHRISTA EBNER



Schoko-Minz-Cookies

Variation nach Vegan-Jungle.de

Die trockenen Zutaten:

300 g Mehl
50 g Haferflocken
2 TL Backpulver
150 g Zucker
etwas Salz und
2 EL Kakaopulver vermengen
mit 200 g flüssiges Kokosöl
50 g Mandelmus zu einem geschmeidigen, aber festen Teig verkneten
die gewünschte Konsistenz mit Pflanzenmilch einstellen
zuletzt:
gehackte Minzeblätter und
ca. 60 g vegane Schokostreusel einkneten
bei 180 Grad Celsius ca. 15 Minuten backen

DR. HEIDI STÜMGES

Tierschutzpartei fragt:

Geht es auch ohne Feuerwerk?

Silvester, Hafengeburtstag, Frühlingsdom, Sommerdom, Winterdom, Cruise Days, Alstervergnügen, Kirschblütenfest, Chinesisches Neujahrsfest, Discomove, Wedeler Hafenfest, Bergedorfer Stadtfest, Pyro-Games, Saseler Heimatfest...

Weit mehr als 30 mal im Jahr "knallt es" allein in Hamburg – und zwar im großen Stil. Vom privaten Feuerwerk zu Silvester, Fußballspiele der Nationalmannschaft oder des HSV (kommt selten genug vor) etc. mal ganz abgesehen.

Immer häufiger stellt ein Feuerwerk das angeblich "besondere Highlight" einer Veranstaltung dar. Die Tierschutzpartei fragt: "Muss das sein!?"

Am vergangenen Wochenende pilgerten beinahe 100.000 Menschen in den Hamburger Stadtpark. Die Rolling Stones riefen und zehntausende Menschen folgten (82.000 zahlende und ca. 15.000 Zaungäste). Eine extreme Belastungsprobe für die Flora und Fauna des 148 Hektar großen öffentlichen Parks im Stadtteil Winterhude. Doch es kam noch schlimmer. Als würde der Ansturm von mehr als 97.000 Besuchern in die grüne Lunge der Stadt nicht reichen, gab es zum Abschluss des Konzerts auch noch ein völlig überflüssiges Feuerwerk...

Laut dem "Wegweiser durch den Hamburger Stadtpark." beheimaten die Gehölze, Gebüsche und Uferböschungen des Stadtparks eine Vielzahl heimischer und zugewanderter Tier- und Pflanzenarten. Besonderheiten der 110 beobachteten Vogelarten sind Habicht, Sperber, Waldohreule, Waldlaubsänger, Sommergoldhähnchen und Haubenmeise. Im Stadtpark leben unzählige Füchse, Igel, Fledermäuse und andere Wildtiere.

Für die Tierwelt stellt ein Feuerwerk immer eine Bedrohung von Leib und Leben dar. Regelmäßig werden nach einem Feuerwerk Hunde und Katzen als verloren gemeldet, weil sie in Panik ausrissen. Aber die lauten und hellen Knalleffekte versetzen natürlich nicht nur Haustiere in Angst und Panik, auch für Wildtiere sind die pyrotechnischen "Highlights" oft lebensbedrohlich. In einer Stellungnahme der Tierrechtsorganisation PETA heißt

es dazu: "Wildtiere reagieren besonders empfindlich auf potenzielle Gefahren, denn in der Natur müssen sie ihr Überleben tagtäglich durch Achtsamkeit, Flucht oder Verteidigung sichern. Gerade im Winter müssen unsere heimischen Wildtiere gut mit ihren Kräften haushalten, da sie nur begrenzte Energie- und Nahrungsreserven zur Verfügung haben. Ein hoher Energieverlust durch Störungen oder panisches Flüchten kann lebensbedrohliche Folgen haben. Für die Vögel wird der Himmel vor allem in den Städten zum Inferno. Unter Schock flüchten die Tiere in für sie teilweise ungewöhnliche Höhen, was mit einem großen Energieverlust einhergeht. Rauchschwaden und die hellen Leuchtraketen können zu Desorientierung bei den Vögeln führen, ihnen die Sicht nehmen und sie blenden, sodass sie Hindernissen nicht mehr rechtzeitig ausweichen können." Wer ein Herz für Tiere hat, sollte deshalb möglichst ohne Raketen und Knallkörper feiern!

Landesverband der Tierschutzpartei in Hamburg stellt dazu fest: "Für die Tiere ist jedes Feuerwerk ein Alptraum. Knallende Böller, pfeifende Raketen und die hellen Blitze versetzen die gesamte Tierwelt in Todesangst. Abgesehen von den hohen Kosten und den Schaden für die Umwelt durch die Luftverschmutzung, ist es für die Tierschutzpartei überhaupt nicht verständlich, warum mittlerweile jede größere Veranstaltung in Hamburg in einem Feuerwerk münden muss.

Auch wenn die Rolling Stones mittlerweile zusammen 293 Jahre alt sind, stellt sich die Frage, ob nicht die Musik der Höhepunkt des Abends sein sollte und ob es wirklich ein Finale aus Flammen, Explosionen und Rauch bedarf, um die Zuschauer in Ekstase zu versetzen. Ähnliches gilt auch beispielsweise für die Cruise Days, wo es doch die imposanten Schiffe sind, die im Mittelpunkt stehen sollten und nicht ein zehntausende Euro teures Spektakel aus Schall und Rauch.

Mit guten Argumenten und eindringlichen Appellen an die Veranstalter möchte die Partei dem inflationären Einsatz von Feuerwerk auf Veranstaltungen entgegenwirken. "Wir setzen natürlich auf Argumente statt Verbote, notfalls wäre aber zu prüfen, wie sich unnötige und bedrohliche Feuerwerke politisch verhindern lassen." JAN ZOBEL

PeTA-Tierrechtskonferenz:

Tierleidfreie Räume gestalten

Die zweite Tierrechtskonferenz der internationalen Organisation PeTA („People for the Ethical Treatment of Animals“) fand am 20.10.2017 im Bio-Hotel Almodovar in Berlin statt und war dieses Mal gänzlich auf die rechtlichen Möglichkeiten ausgerichtet, Tiere zu schützen. Die Tierschutzbeauftragte des Landes Berlin, Diana Plange, war ebenfalls anwesend.

Fragen, die im Rahmen dieser Konferenz behandelt wurden, lauteten beispielsweise: „Welche Rechte können wir nutzen? Was bietet das aktuelle Recht für Möglichkeiten, und wie setzt man diese am besten um?“ Ebenfalls wurden die Rechte der Veganer gegen Diskriminierung angesprochen. Auf der neuen Website vom Rechtsanwalt Müller-Amenitsch „veganes-recht.de“ findet man hilfreiche Beispiele und Möglichkeiten, seine Rechte durchzusetzen. Es wurde Kritik am anthropozentrischen Speziesismus geäußert und die Frage aufgeworfen, inwieweit Menschen überhaupt das Recht haben, über Tierrechte zu entscheiden.



Die Rechtsanwältin Sophie Nouvertné beschäftigte sich in ihrem Vortrag ausführlich mit dem Jagdrecht und inwieweit man eine Befriedung einklagen kann.

„Es wurde klar, dass wirtschaftliche Interessen oftmals Tierrechte aushebeln“, resümiert Martin Buschmann (stellv. Generalsekretär). „Aber auch positive Beispiele, wie z. B. die neue Tierversuchsrichtlinie in den Niederlanden („human on a chip“), können uns neue Hoffnung geben. Es ist nur wichtig, dass Deutschland bei den positiven Entwicklungen im Ausland nicht den Anschluss verpasst.“ MARTIN BUSCHMANN

Die Regionalgruppe Zwickau im LV Sachsen weist darauf hin:

Keine Tiere unterm Weihnachtsbaum!

Das Weihnachtsfest nähert sich mit großen Schritten. Die Jagd nach den Weihnachtsgeschenken ist in vollem Gange. Doch sollte man beachten, dass lebende Tiere unter dem Weihnachtsbaum nichts zu suchen haben. Tiere sind Lebewesen, die man zu Weihnachten nicht verschenkt!

Eine Anschaffung eines Tieres will wohl überlegt sein. Der Kauf eines Haustieres auf Grund von Emotionen ist nicht ratsam. An Weihnachten funkeln meist die Kinderaugen, wenn es um den Weihnachtswunsch geht. Vor einem Kauf sollte man sich bewusst sein, dass dieser auch die Übernahme von Verantwortung für dieses Tier bedeutet. Ebenfalls sollte man sich über Lebensweise und Lebensbedingungen des Tieres informieren.

Tiere, die zu Weihnachten verschenkt werden, landen meist nach kurzer Zeit im Tierheim, da man feststellt, dass sie nicht nur „Spaß“ machen, sondern die Haltung

auch mit Arbeit verbunden ist. Nach Weihnachten sind die Tierheime meist überfüllt.

Dies darf nicht sein! Darum verschenken Sie keine Tiere zum Weihnachtsfest!

MATTHIAS SAWERT





Shop der Tierschutzpartei



Der Tierschutzpartei-Shop bietet Euch ein interessantes Sortiment, das ständig erweitert wird.

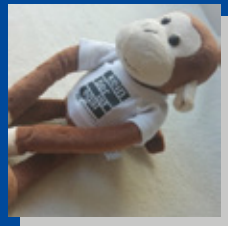
Die verschiedenen Artikel sind sehr beliebt. Das zeigt sich deutlich an den Bestellungen.

Für den Winter empfehlen wir unsere Premium-Multifunktionsjacken (€ 69,50).

Unser Angebot wird ständig erweitert und wir freuen uns, den Lesern, Mitgliedern und Unterstützern eine so breite Palette an Artikeln rund um das Thema Tierschutz/Tierrechte anbieten zu können.

Reinschauen lohnt sich! **www.tierschutzpartei-shop.de**

Beachtet auch bitte unbedingt die Artikel zur Kampagne gegen das Schweinehochhaus.



Schweinehochhaus - Edition:

Schweinehochhaus - Edition:

T-Shirt € 15,-

Lanyard € 5,-

Stofftragetasche, € 5,-

Button je € 1,-

100 Aufkleber € 5,-

